

D1

Dringlichkeitsantrag

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,
2. April 2022**

Initiator*innen: David Herr (KV Berlin-Kreisfrei)

Titel: **Berlin zum Hotspot im Sinne des
Infektionsschutzgesetzes erklären – dringend
erforderliche Infektionsschutzmaßnahmen
weiter ermöglichen!**

Antragstext

1 In Berlin droht angesichts der aktuellen SARS-CoV-2-Infektionsdynamik und des
2 gleichzeitigen
3 Auslaufens wesentlicher Infektionsschutzmaßnahmen zum April 2022 eine zeitnahe
4 Überlastung
5 der kritischen medizinischen Infrastruktur. Durch die hohe Anzahl an erkrankten
6 Beschäftigten sowohl in den Praxen der niedergelassenen Ärzt*innen und im
7 Rettungsdienst als
8 auch in den Krankenhäusern droht die Situation, dass die medizinische Versorgung
9 nicht mehr
10 ausreichend sichergestellt werden kann. Die Personalausfälle gehen auf die
11 besonders hohe
12 Anzahl und den Anstieg der Neuinfektionen zurück. Wir fordern die
Landesregierung und das
Abgeordnetenhaus daher auf, für das Land Berlin das Vorliegen der konkreten
Gefahr einer
sich dynamisch ausbreitenden Infektionslage gemäß § 28a Absatz 8
Infektionsschutzgesetz
(„Hotspot“) festzustellen und die Anwendung konkreter Maßnahmen zu beschließen.
Zu diesen

Maßnahmen sollte insbesondere eine Maskenpflicht in öffentlich zugänglichen Innenräumen gehören.

Begründung der Dringlichkeit

Der Antrag konnte nicht zum regulären Antragsschluss am 26. Februar 2022 eingebracht werden, da das Infektionsschutzgesetz erst vor wenigen Tagen geändert wurde und bis kurz zuvor die Verhandlungen innerhalb der Ampelkoalition noch nicht abgeschlossen waren, so dass die tatsächlich ab April 2022 geltende Rechtslage im Februar 2022 noch nicht bekannt war. Der Antrag ist sehr dringlich, da durch das Auslaufen wichtiger Maßnahmen ein politisches Handeln sehr zeitnah erforderlich ist, um den notwendigen Gesundheitsschutz noch rechtzeitig in die Wege leiten zu können. Dadurch kann auch für die Bürger*innen zeitnah Rechtsklarheit geschaffen werden. Außerdem erfordert der Schutz vor Überlastung der Krankenhäuser ein möglichst rasches Handeln. Ein Antrag auf der nächsten LDK käme sehr deutlich zu spät.

Begründung

Mit der jüngsten Änderung des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) sind spätestens ab dem 3. April 2022 viele Schutzmaßnahmen nur noch möglich, wenn eine Gebietskörperschaft als Hotspot benannt wird. Aktuell droht jedoch konkret die Gefahr einer sich dynamisch ausbreitenden Infektionslage. Insbesondere droht bereits durch die jetzt, d.h. vor der aktuellen weiteren Lockerungsstufe bestehenden Corona-Infektionsfälle eine Überlastung der Krankenhäuser und somit der kritischen Infrastruktur.

Die Corona-Lage in Berlin spitzt sich zu: Die 7-Tage-Inzidenz pro 100.000 Einwohner*innen stieg zuletzt wieder deutlich. Die Corona-Ampel des Senats zeigt derzeit „Rot“ für die 7-Tage-Inzidenz und für die Hospitalisierungs-7-Tage-Inzidenz und „Gelb“ für die Belegung der Intensivstationen (Stand 23. März 2022, <https://www.berlin.de/corona/lagebericht/>). Ein zusätzliches, besonders relevantes und durch die Ampel nicht erfasstes Problem sind die erheblichen und zunehmenden Krankenstände von Krankenhausmitarbeiter*innen, die mit SARS-CoV-2 infiziert sind. Diese Konstellation droht zu ernst zu nehmenden Personalengpässen zu führen oder hat bereits dazu geführt. In der Folge droht gegebenenfalls die Absage oder Verschiebung wichtiger medizinischer Eingriffe. Die flächendeckende, hochqualitative Versorgung der Bevölkerung wäre dann möglicherweise nicht mehr im erforderlichen Maße gewährleistet.

Das Land Berlin hat auch regionale Besonderheiten. Ein Beispiel ist die aktuelle Verantwortung gegenüber Geflüchteten und denjenigen Menschen, die sie unterstützen. Als Grüne machen wir uns dafür stark, dass Berlin sich solidarisch zeigt mit den ukrainischen Geflüchteten, die in Deutschland und der Europäischen Union Schutz vor dem verheerenden Krieg suchen, und sind stolz auf Berlins Beitrag hierzu. Die Geflüchteten sind jedoch eine schutzbedürftige Gruppe, die durch im Herkunftsland schlechteren Zugang zu Impfstoffen bei ihrer Ankunft eine niedrige Impfquote aufweist (weniger als 2 % mit Dreifachimpfung) und durch die Unterbringung innerhalb Berlins und im Bundesgebiet eine hohe Mobilität aufweist. Es ist daher nochmals mehr von Bedeutung, wirksame Pandemiemaßnahmen aufrecht erhalten zu können.

Gemäß § 28a IfSG ist Voraussetzung für die Feststellung eines „Hotspot“-Gebietes, dass entweder eine Virusvariante mit einer signifikant höheren Pathogenität festgestellt wird oder „auf Grund einer besonders hohen Anzahl von Neuinfektionen oder eines besonders starken Anstiegs an Neuinfektionen eine Überlastung der Krankenhauskapazitäten in der jeweiligen Gebietskörperschaft droht“ (§ 28a Absatz 8 Satz 2 Nummer 2 IfSG). Letzteres ist aktuell in Berlin der Fall.

Durch die hohe Mobilität von Beschäftigten und Patient*innen innerhalb Berlins und die Mitversorgungseffekte von Krankenhäusern erscheint eine Eingrenzung und Unterscheidung nach einzelnen Bezirken nicht sachgerecht. Darum sollte das gesamte Land Berlin als Hotspot definiert werden. Die Einstufung ganzer Länder als Hotspot gilt bei einer flächendeckend bedrohlichen Infektionslage ausdrücklich als möglich (<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/gesetze-und-verordnungen/ifsg.html>).

Voraussetzung für die Einführung der Maßnahmen ist auch ein Beschluss des Landesparlaments. Daher werden sowohl die Landesregierung als auch das Abgeordnetenhaus Berlin aufgefordert, in dem oben genannten Sinne zu handeln und zusätzliche Maßnahmen festzulegen.

Bei den zu beschließenden Maßnahmen sollte insbesondere die Maskenpflicht in öffentlich zugänglichen Innenräumen (z.B. in Supermärkten) enthalten sein. Weitere, in § 28a Absatz 8 IfSG erwähnte Schutzmaßnahmen sollten möglichst rasch geprüft und ggf. ebenfalls umgesetzt werden.

Unterstützer*innen

Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg), Stefan Gelbhaar (KV Berlin-Pankow), Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Martina Schmiedhofer (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg), Laura Sophie Dornheim (KV Berlin-Lichtenberg), Jonas Graeber (KV Berlin-Kreisfrei), Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei), Torben Wöckner (KV Berlin-Lichtenberg), Heiko Schaller (KV Berlin-Lichtenberg), Thore Hagemann (KV Berlin-Neukölln), Mona Hille (KV Berlin-Pankow), Reinhard Koppenleitner (KV Berlin-Reinickendorf), Tim Demisch (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Joana Zühlke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Nicole Holtz (KV Berlin-Reinickendorf), Till Gierlich (KV Berlin-Neukölln), Jan-Klaus Oczenasek (KV Berlin-Kreisfrei), Armin Schäfer (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Jelisaweta Kamm (KV Berlin-Mitte), Sabine Deitschun (KV Berlin-Kreisfrei), Tim Ullrich (KV Berlin-Neukölln), Katharina Urban (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Levi Penell (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Maren Tepper (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Jan Schmid (KV Berlin-Lichtenberg), David Tischer (KV Berlin-Mitte), Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei), Mandy Riemer (KV Berlin-Lichtenberg), Chantal Münster (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Andreas König (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Anja Fink (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Ellis Huber (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Daniel Rottke (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Max Stier (KV Berlin-Mitte), Jenny

Schmithals (KV Berlin-Kreisfrei), Tanja Prinz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Torben Elias Joswich (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Tobias Buschbeck (KV Berlin-Kreisfrei), Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei), Karoline Killat (KV Berlin-Lichtenberg), Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte), Karsten Krieger (KV Berlin-Lichtenberg), Karin Hausmann-Kasper (KV Berlin-Lichtenberg), Dominik Pross (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Annabelle Wolfsturm (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Dennis Mateskovic (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Alexandra Heimerl (KV Berlin-Lichtenberg), Tonia Budelmann (KV Berlin-Pankow), Bettina Dolle (KV Berlin-Reinickendorf), Thomas Rost (KV Berlin-Reinickendorf), Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg), Wolfgang Bräuer (KV Berlin-Lichtenberg), Sven Drebes (KV Berlin-Mitte), Catherina Pieroth-Manelli (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte), Dante Esteban Davis (KV Berlin-Lichtenberg), Elke Klünder (KV Berlin-Reinickendorf), Mathias Adelhoefer (KV Berlin-Reinickendorf), Petra Kühnast (KV Berlin-Kreisfrei)

Dringlichkeitsantrag

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,
2. April 2022**

Initiator*innen: Landesdelegiertenkonferenz (dort beschlossen am:
02.04.2022)

Titel: **Berlin zum Hotspot im Sinne des
Infektionsschutzgesetzes erklären – dringend
erforderliche Infektionsschutzmaßnahmen
weiter ermöglichen!**

Antragstext

1 In Berlin droht angesichts der aktuellen SARS-CoV-2-Infektionsdynamik und des
2 gleichzeitigen
3 Auslaufens wesentlicher Infektionsschutzmaßnahmen zum April 2022 eine zeitnahe
4 Überlastung
5 der kritischen medizinischen Infrastruktur. Durch die hohe Anzahl an erkrankten
6 Beschäftigten sowohl in den Praxen der niedergelassenen Ärzt*innen und im
7 Rettungsdienst als
auch in den Krankenhäusern droht die Situation, dass die medizinische Versorgung
nicht mehr
ausreichend sichergestellt werden kann. Die Personalausfälle gehen auf die
besonders hohe
Anzahl und den Anstieg der Neuinfektionen zurück.

8 Wir bedauern es sehr, dass der Bundestag den Bundesländern mit der Neuregelung
9 des
10 Infektionsschutzgesetzes den Umgang mit der Pandemiesituation stark erschwert
11 hat. Viele
12 Möglichkeiten zur Verhinderung der Verbreitung der Corona-Pandemie sind nun an

13 rechtliche
14 Bedingungen geknüpft, die wenig präzisiert sind. Wir fordern daher, dass der
15 Bundestag den
16 Bundesländern möglichst effektive, flexibel anwendbare und konkret definierte
17 Möglichkeiten
18 an die Hand gibt, um die Pandemie wirksam, maximal rechtssicher und auch
19 präventiv bekämpfen
20 zu können.
21

Wir bekräftigen die Landesregierung und das Abgeordnetenhaus darin, für das Land Berlin alle Möglichkeiten zu nutzen, um das Vorliegen der konkreten Gefahr einer sich dynamisch ausbreitenden Infektionslage gemäß § 28a Absatz 8 Infektionsschutzgesetz, das heißt zur Erklärung eines Hotspots, festzustellen, um einen höchstmöglichen Infektionsschutz zu gewährleisten und die Anwendung konkreter Maßnahmen zu beschließen. Zu diesen Maßnahmen sollte insbesondere eine Maskenpflicht in öffentlich zugänglichen Innenräumen gehören.

Dringlichkeitsantrag

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,
2. April 2022**

Initiator*innen: Landesdelegiertenkonferenz (dort beschlossen am:
02.04.2022)

Titel: **Berlin zum Hotspot im Sinne des
Infektionsschutzgesetzes erklären – dringend
erforderliche Infektionsschutzmaßnahmen
weiter ermöglichen!**

Antragstext

1 In Berlin droht angesichts der aktuellen SARS-CoV-2-Infektionsdynamik und des
2 gleichzeitigen
3 Auslaufens wesentlicher Infektionsschutzmaßnahmen zum April 2022 eine zeitnahe
4 Überlastung
5 der kritischen medizinischen Infrastruktur. Durch die hohe Anzahl an erkrankten
6 Beschäftigten sowohl in den Praxen der niedergelassenen Ärzt*innen und im
7 Rettungsdienst als
auch in den Krankenhäusern droht die Situation, dass die medizinische Versorgung
nicht mehr
ausreichend sichergestellt werden kann. Die Personalausfälle gehen auf die
besonders hohe
Anzahl und den Anstieg der Neuinfektionen zurück.

8 Wir bedauern es sehr, dass der Bundestag den Bundesländern mit der Neuregelung
9 des
10 Infektionsschutzgesetzes den Umgang mit der Pandemiesituation stark erschwert
11 hat. Viele
12 Möglichkeiten zur Verhinderung der Verbreitung der Corona-Pandemie sind nun an

13 rechtliche
14 Bedingungen geknüpft, die wenig präzisiert sind. Wir fordern daher, dass der
15 Bundestag den
16 Bundesländern möglichst effektive, flexibel anwendbare und konkret definierte
17 Möglichkeiten
18 an die Hand gibt, um die Pandemie wirksam, maximal rechtssicher und auch
19 präventiv bekämpfen
20 zu können.
21

Wir bekräftigen die Landesregierung und das Abgeordnetenhaus darin, für das Land Berlin alle Möglichkeiten zu nutzen, um das Vorliegen der konkreten Gefahr einer sich dynamisch ausbreitenden Infektionslage gemäß § 28a Absatz 8 Infektionsschutzgesetz, das heißt zur Erklärung eines Hotspots, festzustellen, um einen höchstmöglichen Infektionsschutz zu gewährleisten und die Anwendung konkreter Maßnahmen zu beschließen. Zu diesen Maßnahmen sollte insbesondere eine Maskenpflicht in öffentlich zugänglichen Innenräumen gehören.

D2

Dringlichkeitsantrag

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,
2. April 2022**

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 26.03.2022)

Titel: **Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der Ukraine
und dessen Folgen**

Antragstext

I Einführung

1
2 Bündnis 90/Die Grünen Berlin verurteilen den völkerrechtswidrigen russischen
3 Angriffskrieg
4 in der Ukraine und stehen solidarisch an der Seite der Ukrainer*innen und aller
vom Krieg
betroffenen Personen und Geflüchteten.

5 Wladimir Putins Krieg verändert die geo- und sicherheitspolitische Situation in
6 Europa
7 fundamental. Darauf müssen wir in der Europäischen Union Antworten finden. Es
8 ist richtig,
9 dass in einer „Zeitenwende“ alte Wahrheiten nicht mehr gelten. Gleichwohl ist es
10 umgekehrt
11 nicht geboten, einfache Antworten in einer Zeit zu geben, in der viele Fragen
12 noch offen
13 sind. Eine angemessene Antwort umfasst Sicherheit, internationale Zusammenarbeit
14 und
humanitäre Hilfe, europäische Souveränität ob bei der Energie- oder der
Nahrungsmittelversorgung, Antworten auf die Klimakrise sowie auf die sozialen
Fragen dieser

Zeit gleichermaßen. Ein sehr großer Teil unserer Gesellschaft ist zurecht besorgt über den Krieg und dessen Auswirkungen auf unser hiesiges Leben. Wir geben diesen Ängsten Raum und begegnen den sozialen Folgen des Krieges energisch.

15 Bündnis 90/Die Grünen Berlin stehen solidarisch an der Seite all jener in der
16 russischen
17 Zivilgesellschaft, die unter schwersten Bedingungen deutliche Kritik am Krieg
18 der eigenen
19 Regierung üben und unter politischer Verfolgung leiden. Wir stellen uns überdies
entschieden
gegen die zunehmenden Übergriffe gegen russische Bürger*innen in Berlin und
verurteilen die
anti-russischen Anfeindungen, von denen Menschen in unserer Stadt betroffen
sind.

20 II Sicherheitspolitik umfassend denken

21 Wir brauchen eine gut ausgestattete Bundewehr. Wir müssen in unsere Sicherheit
22 investieren.
23 Die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit wird aber nicht nur durch Rüstungsgüter
24 erreicht.
25 Vielmehr müssen wir Sicherheit breit denken, um Frieden zu gewährleisten. Dazu
26 gehört eine
27 funktionierende Abwehr gegen Desinformationskampagnen oder Cyber-Angriffe auf
28 kritische
Infrastrukturen, z.B. auf die Wasser- oder Stromversorgung. Zentrale
Voraussetzung für
Frieden und Sicherheit sind zudem Diplomatie, feministische Klimaaußenpolitik,
internationale zivile Krisenprävention, sogenannte Entwicklungszusammenarbeit
sowie
humanitäre Hilfe.

29 Daher setzen wir uns dafür ein, dass Sicherheitspolitik umfassend verstanden
30 wird und sich
31 dies auch bei der Verausgabung des geplanten Sondervermögens über 100 Milliarden
32 Euro sowie
33 im Haushalt des Bundes widerspiegelt. Im Fokus der haushaltspolitischen
34 Entscheidungen
35 müssen die tatsächlichen Bedarfe und die Angemessenheit des Vorhabens stehen.
36 Nur wenn wir
37 in diesem Sinne in den Frieden investieren, werden wir tatsächlich mehr

38 Sicherheit erreichen
können. Die Verankerung militärpolitischer Ziele im Grundgesetz lehnen wir
strikt ab.
Zusätzliche Mittel für die Bundeswehr müssen mit klarer Zielvorgabe eingesetzt
und deren
Einsatz parlamentarisch kontrolliert werden. Wichtig ist zudem, das in Teilen
dysfunktionale
Beschaffungswesen zu verbessern. Zugleich braucht es endlich eine strukturelle
Antwort auf
das zunehmend transparent werdende Rechtsextremismus-Problem der Bundeswehr.

39 Die aktuellen Erfahrungen führen uns noch einmal vor Augen, dass es einen
40 grundlegenden
41 Reformbedarf hinsichtlich der grundgesetzlichen Schuldenregel gibt. Es ist
42 finanzpolitisch
43 nicht nachhaltig, wenn notwendige Investitionen unterbleiben. Nicht zuletzt geht
44 es jetzt
45 darum, den krisenresilienten Ausbau der Verkehrs- und Energiewende zu
46 ermöglichen, die die
47 Grundlage unserer energie- und sicherheitspolitischen Unabhängigkeit sind.
Aufgrund der
aktuellen Herausforderungen ist es nötig, dass auch bei der Kreditaufnahme alte
Glaubenssätze auf den Prüfstand kommen. Klar ist für uns, dass stärkere
Schultern
solidarisch zur Finanzierung notwendiger Investitionen beitragen sollen,
besonders in dieser
Ausnahmesituation.

48 Bündnis 90/Die Grünen Berlin bekennen sich zum Selbstverteidigungsrecht der
49 Ukrainer*innen.
50 Die Waffenlieferungen der Bundesregierung an die Ukraine sind vor dem aktuellen
51 Hintergrund
52 ein gebotenes, wenngleich schmerzhaftes letztes Mittel. Sie müssen ein
Ausnahmefall bleiben.
Grundsätzlich gilt weiterhin das Exportverbot von Rüstungsgütern in Kriegs- und
Konfliktgebiete.

53 III Sozialer Friede in einer Zeit sich potenzierender Krisen

54 Aufgrund des Krieges sind globale Nahrungsmittelkrisen zu befürchten. Die
55 internationale
56 Staatengemeinschaft steht in der Pflicht, humanitäre Katastrophen in Ländern wie
57 Jemen und

58 Somalia zu verhindern und unkompliziert Hilfen zur Verfügung zu stellen. Dazu
59 gehört, dem
UN-Welternährungsprogramm Geld zur Verfügung zu stellen, damit es auch zu
höheren Preisen
Nahrungsmittel für die betroffenen Regionen kaufen kann. Hier kann Deutschland
ein klares
Zeichen globaler Solidarität setzen.

60 Die wirtschaftlichen und ökonomischen Folgen des Krieges sind auch hierzulande
61 bereits
62 deutlich zu spüren. Im Zuge des Krieges sind etwa die Energie- und
63 Lebensmittelpreise enorm
64 gestiegen. Darum ist es wichtig für Entlastung und soziale Sicherheit zu sorgen.
65 Dabei ist
66 es entscheidend, gerade Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen direkt zu
67 entlasten,
68 die auf die Unterstützung besonders angewiesen sind. So bleibt unsere
69 Gesellschaft in Zeiten
70 der Krise handlungsfähig und hält zusammen. Es ist gut, dass die Bundesregierung
71 bereits
72 zwei Entlastungspakete auf den Weg gebracht hat, u.a. mit einem
73 Heizkostenzuschuss für
74 Wohngeld-Empfänger*innen von 270 Euro, einem monatlichen Kinder-Sofortzuschlag
75 für Familien
76 mit geringem Einkommen, einem Einmalbonus in Höhe von 100 Euro zum Kindergeld,
einer
Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro für Menschen in der Grundsicherung und einer
Erhöhung des
Mindestlohns auf 12 Euro ab 1. Oktober und einer Energiepreispauschale in Höhe
von 300 Euro
als Zuschuss zum Gehalt. Ein besonderer Erfolg unserer Grünen Akteur*innen in
den
Verhandlungen ist ein 90-Tage-Ticket für den ÖPNV, das nur 9 Euro im Monat
kosten soll. Das
sichert Mobilität für Millionen von Pendler*innen und ist ein großer Schritt
nach vorne für
eine bezahlbare und klimaneutrale Verkehrswende. Trotz dieser ersten richtigen
Schritte:
auch Student*innn und Rentner*innen müssen in dieser Krise unterstützt werden.
Wir müssen
darauf achten, dass niemand durchs soziale Netz fällt.

77 Die Folgen des Ukraine-Krieges werden uns noch über lange Zeit begleiten. Von
78 einer

79 schnellen Entspannung bei den Preisen ist nicht auszugehen. Wir fordern daher,
80 die rasche
81 Anpassung der Regelsätze der Grundsicherung und deren substantielle Anhebung.
Wir brauchen
sozial ausgewogene, effektive und nachhaltige Entlastungen. Soziale
Gerechtigkeit und
Klimaschutz dürfen hier nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir brauchen
beides.

82 IV Energiewende in Land und Bund

83 Der Krieg in der Ukraine hat uns deutlich vor Augen geführt, wie gravierend die
84 Abhängigkeit
85 von fossilen Energieimporten aus Russland ist, in die wir in den letzten
86 Jahrzehnten geraten
87 sind. Die Abhängigkeit Deutschlands und Berlins von Gas-, Kohle- und Ölimporten
88 aus Russland
89 muss sowohl aus klima-, friedens- wirtschafts- als auch aus
sicherheitspolitischen Gründen
so schnell wie möglich beendet werden. Echte Energiesouveränität und
Unabhängigkeit von
russischen Energieträgern wird es nur mit den Erneuerbaren geben. Wir brauchen
deshalb einen
Energiewende-Booster, um den Umstieg auf 100% Erneuerbare möglichst rasch zu
schaffen.

90 Kurzfristig müssen die Bundesregierung und die Europäische Union die Zufuhr
91 fossiler
92 Energieträger diversifizieren, um die Versorgungssicherheit sicherzustellen. Wir
93 begrüßen
94 daher, dass Wirtschaftsminister Robert Habeck mit Hochdruck genau diese Idee der
95 Energiesouveränität u.a. durch einen massiv beschleunigten Ausbau der
96 Erneuerbaren Energien
97 und eine Photovoltaikpflicht vorantreibt und gleichzeitig die
98 Versorgungssicherheit durch
99 Diversifizierung, Steigerungen der Energieeffizienz und den Bau von Gasspeichern
im Blick
behält. In der aktuellen Notlage kann dies bedeuten, dass wir fossile Energien
auch aus
Ländern beziehen müssen, von denen wir lieber keine Energie beziehen würden, wie
z.B. Katar.
Es kann aber keine dauerhafte Lösung sein, dass wir uns von einem autokratischen
Regime ab-

und einem anderen zuwenden.

100 Auch in Berlin stehen wir vor der Herausforderung, die Versorgungssicherheit zu
101 gewährleisten und zugleich die Energiewende beschleunigt voranzutreiben. Noch
102 können wir
103 nicht komplett auf Gas für die Wärmeversorgung verzichten. Wir werden aber alles
104 tun, um Gas
105 schnellstmöglich durch klimaneutrale Wärmequellen zu ersetzen und die
Gasinfrastruktur
umzubauen – für eine erneuerbare Wärmeversorgung in Berlin. Am Kohleausstieg
noch vor 2030
halten wir fest.

106 Unser 10-Punkte-Plan im Wärmebereich sieht dabei kurz-, mittel- und langfristige
107 Maßnahmen
108 vor, die wir nun gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern auf den Weg bringen
109 wollen. Dafür
110 wird es aber auch zusätzliche Mittel jenseits der aktuellen Haushaltsberatungen
111 brauchen.
Die rot-grün-rote Koalition hat sich darauf verständigt, dass Investitionen in
die Energie-
und Mobilitätswende einen Schwerpunkt dieser Legislatur bilden sollen. Der Krieg
in der
Ukraine zeigt uns drastisch, wie dringlich eine solche Schwerpunktsetzung ist.

112 1. Wir müssen mehr Erneuerbare Wärme in die Heizungskeller bringen. Dazu wollen
113 wir ein
114 Austauschprogramm von Gasheizungen hin zu Wärmepumpen auf den Weg bringen. Zudem
115 soll der
116 Austausch von Heizkörpern gefördert werden, um die Häuser und Wohnungen fit für
117 Wärmepumpen
zu machen. Wir prüfen einen Wärmepumpenbonus für Handwerker*innen und beenden
die
Landesförderung für Gasbrennwertthermen. Für den Neubau schöpfen wir unsere
rechtlichen
Möglichkeiten für einen Einbaustopp von Gasthermen aus.

118 2. Wir müssen bei der Dekarbonisierung der Wärmenetze schneller vorankommen.
119 Hierfür wollen
120 wir die Umstellung der Fernwärme auf Erneuerbare bzw. Abwärme beschleunigen und
mit den
Betreibern der bestehenden Erdgasverteilnetze verbindliche Ausstiegspläne
vereinbaren.

121 3. Berlins erneuerbare Wärmepotentiale wollen wir mit einer Wärmeplanung noch
122 konsequenter
erschließen. Dazu wollen wir eine Landesförderung für regenerative Nahwärmenetze
einführen.

123 4. Wir werden auch die Potentiale der Geothermie stärker nutzen. Dafür werden
124 wir in einem
125 ersten Schritt die Datenbasis für die Nutzung von Tiefengeothermie in Berlin
126 verbessern. Für
127 die kostspielige umfassende Erkundung suchen wir sowohl die Unterstützung des
128 Bundes als
129 auch mögliche Kooperationen mit der Wirtschaft. Wir nehmen einen neuen Anlauf,
130 um den
131 Zielkonflikt zwischen der Sicherung unseres Grundwassers und oberflächennaher
Geothermie zu
lösen. Auch die Potentiale grünen Wasserstoffs müssen wir nutzen – insbesondere
als
Speicher, für Industrie und Schwerlastverkehr. Dafür braucht es Unternehmen, die sich
hierfür engagieren, und deutlich mehr grünen Strom. Eine echte Offensive
schaffen wir nur
gemeinsam mit Brandenburg.

132 5. Wir brauchen ein ambitioniertes und machbares Sanierungsprogramm für Berlins
133 Häuser. Dazu
134 müssen wir bewährte Förderprogramme stärken. Die Ankündigung der
135 Bundesregierung, einen
ordnungsrechtlichen Rahmen zu schaffen, begrüßen wir. Etwaige notwendige Lücken
schließen
wir im Rahmen eines Erneuerbare-Wärme-Gesetzes.

136 6. Eine der dringlichsten Maßnahmen ist eine Offensive für mehr Fachkräfte in
137 Klimaberufen.
138 Wir starten deshalb in Abstimmung mit dem Berliner Handwerk, den Kammern und
Innungen, eine
Aus- und Fortbildungsinitiative, um mehr Menschen für Klimaschutzberufe zu
begeistern.

139 7. Wir wollen Energiesparchecks für alle öffentlichen Gebäude verpflichtend
140 durchführen und
141 schnell und einfach umzusetzende Einsparmaßnahmen auf den Weg bringen.
142 Privathaushalte
143 wollen wir mit einer Energiesparkampagne und einer kostenlosen Erstberatung über

144 ihre
145 Einsparpotentiale informieren und die bereits vorhandenen Angebote stärker
146 bewerben. So ist
147 ein Großteil der Gasetagenheizungen in Berlins Mietshäusern überdimensioniert,
die Anlagen
verbrauchen mehr Gas als zum Heizen der Wohnungen nötig ist – zum Schaden der
Mieter*innen.
Wo die gestiegenen Energiekosten aufgrund der Einkommenssituation schwer zu
verkräften sind,
müssen neben finanziellen Entlastungen Angebote der Energieschuldenberatung und
Maßnahmen
zur Vermeidung von Strom- oder Gassperren greifen.

148 8. Wir prüfen, wie wir die Grundsteuer und Grunderwerbssteuer an der
149 Energieeffizienz des
150 Gebäudes orientieren können. Je besser saniert ein Gebäude ist, desto weniger
151 zahlt ein*e
Eigentümer*in, je schlechter der Sanierungszustand, desto mehr. So setzen wir
klare Anreize,
in Energieeffizienz zu investieren.

152 9. Die Wärmewende braucht mehr grünen Strom. Das bedeutet für Berlin vor allem,
153 Photovoltaikanlagen auf Berlins Dächern. Deshalb haben wir Grüne das Ziel von
154 25% Solarstrom
155 2035 im Koalitionsvertrag durgesetzt. Mit dem Solargesetz Berlin, der
156 Solarpflicht für
157 öffentliche Gebäude im EWG und dem Masterplan Solarcity haben wir bereits
wichtige Weichen
für die notwendige Beschleunigung des PV-Ausbaus gestellt. Diesen Weg muss das
Land Berlin
konsequent fortsetzen.

158 10. Wir wollen die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg und unseren dort an
159 der Regierung
160 beteiligten bündnisgrünen Parteifreund*innen intensivieren. Beide Bundesländer
161 können
162 gemeinsam die Wärmewende schaffen, wie eine Studie des Fraunhofer-Instituts im
Auftrag von
Bündnisses Kohleausstieg Berlin gezeigt hat. Dafür gründen wir eine gemeinsame
Task Force
Energiewende in der Metropolregion.

163 V Klimaschutz und Mobilitätswende

164 Die Klimakrise und die zunehmend steigenden Energiepreise aufgrund des Kriegs in
165 der Ukraine
166 zwingen uns überdies dazu, klimaschädliche Energieträger sparsamer und
167 effizienter
168 einzusetzen. Einsparpotential gibt es im Land Berlin insbesondere auch mit Blick
169 auf den
170 motorisierten Individualverkehr, da der Verkehrssektor nach wie vor der
171 zweitgrößte Emittent
172 von CO2 ist. Eines ist klar: Der Umstieg auf Elektromobilität macht den Verkehr
zwar weniger
klimaschädlich, verbraucht dennoch Energie und kostbare Ressourcen. Die
Mobilitätswende muss
daher mehr sein als eine bloße Antriebswende. Unser Ziel, möglichst viele
Menschen davon zu
überzeugen vom Auto auf Bus, Bahn, Rad oder Fuß umzusteigen ist heute wichtiger
und
drängender denn je. Zentral wird dabei sein, dass wir den ÖPNV noch attraktiver
gestalten.

173 Daher werden wir eine Attraktivitäts-Offensive starten. In der letzten Periode
174 haben wir
175 bereits die größte ÖPNV-Infrastruktur-Investitions-Phase gestartet, die es in
176 Berlin je gab.
177 Mit neuen Linien, einem besseren Takt und einem deutlich gesteigerten Angebot
178 wird dies
179 schon bald erste Erfolge zeigen. Nun gilt es diesen Weg zu verstärken. Wir
180 werden daher die
181 Bahnhöfe aufwerten, für mehr Sicherheit im ÖPNV sorgen und auch Abos attraktiver
182 machen. Um
183 diese Offensive zu finanzieren und insbesondere am Stadtrand mehr Angebote
184 schaffen zu
185 können, führen wir eine dritte Finanzierungssäule ein. In einem ersten Schritt
186 werden die
187 Gebühren fürs Anwohner- und fürs Kurzzeitparken erhöht. Dies allein wird jedoch
188 nicht
reichen. Wir werden darüber hinaus noch weitere Einnahmequellen benötigen, wie
beispielsweise eine Maut, die vor allem PKWs mit hohen CO2-Emissionen betrifft
und sozial
gestaffelt ist. Deren Einnahmen sollen für die Vergünstigung des Verkehrs und
den Ausbau des
ÖPNV, gerade in den Außenbezirken, verwendet werden. Um schnell fossile Energien
einsparen
zu können, fordern wir zudem die Einführung eines autofreien Sonntags pro Monat
in Berlin.

Wer sein Auto stehenlässt oder gar keines besitzt, soll dennoch rasch und bequem vorankommen. Wir tun alles, damit das künftig auch für Pendler*innen und für Menschen gilt, die am Stadtrand wohnen.

189 VI Berlin als „sicherer Hafen“ für alle Geflüchteten

190 Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht aus der Ukraine. Dabei ist
191 Berlin als
192 „Sicherer Hafen“ für viele Menschen, nicht zuletzt aus der organisierten
193 ukrainischen
194 Zivilgesellschaft, ein Hauptziel. Wir stehen solidarisch an der Seite aller
195 Menschen in der
196 Ukraine und aller Geflüchteten aus der Ukraine. Diese Entwicklung und die
197 anhaltend hohe
198 Zahl an Schutzsuchen, auch aus anderen Konfliktgebieten, bedeuten einen
organisatorischen,
logistischen und humanitären Kraftakt für Senat, Bezirke und die gesamte
Stadtgesellschaft.
Wir senden dennoch das klare Signal: Wir lassen Euch nicht allein! Das schließt
explizit
auch alle Schwarzen Menschen, People of Color und Drittstaatler*innen und
Staatenlosen ein,
die sich derzeit auf der Flucht vor dem Krieg befinden.

199 Bündnis 90/Die Grünen Berlin verurteilen scharf die Anwendung von „Racial
200 Profiling“ an der
201 polnisch-deutschen Grenze durch die Bundespolizei sowie die schamlosen und
202 rassistischen
203 Bemühungen, zwischen „guten“ und „schlechten“ Geflüchteten zu unterscheiden. Der
204 Krieg in
205 der Ukraine trifft alle dort lebenden Menschen, und zwar unabhängig von ihrer
206 Herkunft. Für
207 uns steht fest: Die Bundesregierung muss allen Menschen, die vor dem Krieg in
208 der Ukraine
209 flüchten, den gleichen Schutz und die gleichen Aufenthaltsrechte bieten. Wir
210 benötigen eine
211 funktionierende Verteilung nach dem Königsteiner Schlüssel auf die anderen
212 Bundesländer.
213 Besonders vulnerable Geflüchtete wie LSBTIQ* und BIPOC sollen aber nicht gegen
214 ihren Willen
durch das EASY-System nach Königsteiner Schlüssel an Orte ohne unterstützende
Strukturen

verbracht werden, sondern dauerhaft in Berlin bleiben können. Für diejenigen, die in Berlin bleiben, gilt es nun schnell und unbürokratisch die Registrierung zu ermöglichen, die Gesundheitsversorgung sicherzustellen und Zugang zu Ausbildung, Studium und Arbeitsmarkt tatsächlich zu ermöglichen. Es braucht zudem in Absprache zwischen Bund und Ländern einen klaren finanziellen Rahmen, der die besondere Situation Berlins anerkennt und dieser gerecht wird. Die Bundesregierung steht in der Pflicht, dem Land Berlin die notwendigen Finanzmittel und strukturellen und personellen Unterstützungsangebote zügig bereit zu stellen.

215 Das Berliner Stadtgesellschaft hat in den vergangenen Wochen enormes geleistet.
216 Die gezeigte
217 Solidarität und das gelebte Engagement boten vielen Menschen in einer für sie
218 verzweifelten
219 Lage Hoffnung. Nicht nur zu Beginn der Krise waren der Berliner Senat und die
220 Verwaltung auf
221 die Unterstützung der Zivilgesellschaft angewiesen, bis heute ist die
222 ehrenamtliche
223 Helfer*innenstruktur unverzichtbar und garantiert, dass Berlin der Aufgabe
224 weiter gewachsen
225 bleibt. Es gilt nun diese Lage Schritt für Schritt in geordnete Bahnen zu lenken
226 und
227 dauerhaft funktionierende Strukturen für Ankunft, Unterbringung und soziale und
228 gesellschaftliche Teilhabe zu schaffen. Dafür braucht es in einem ersten Schritt eine vereinfachte und direkte Gewährung von Personal- und Sachmitteln für die zivilgesellschaftlichen Träger durch die Zuwendungsstellen zum Aufbau professioneller Hilfestrukturen neben dem ehrenamtlichen Engagement. In einem zweiten Schritt wird mittelfristig ein neuer „Masterplan“ benötigt, der die Teilhabe und Inklusion aller geflüchteter Menschen aus der Ukraine auf Landes- und Bezirksebene sowie in allen gesellschaftlichen Bereichen aktiv befördert.

229 Der Berliner Senat hat in den letzten Wochen schnell und geschlossen agiert, um
230 die
231 Geflüchteten angemessen unterzubringen und zu versorgen. Aber wir müssen damit

232 rechnen, dass
233 in den nächsten Wochen die Zahl der Menschen, die zu uns flüchten, noch weiter
234 ansteigen
235 wird. Deshalb sind eine funktionierende Struktur und ausreichende Kapazitäten in
236 den
237 Ankunftscentren sicherzustellen. Vulnerablen Gruppen müssen überdies sichere
238 Unterkünfte
239 unterbreitet werden, die ihren Sicherheitsbedarfen Rechnung tragen. Wir fordern
daher den
Senat auf, die zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Einrichtung von
eigenen
Unterkünften für LSBTIQ*- und BIPOC-Geflüchtete als ‚Safer Spaces‘ zu
unterstützen. Zudem
müssen in allen Einrichtungen Betreiber*innenschutzkonzepte für vulnerable
Gruppen zur
Prävention und zum Schutz vor Sexismus, sexualisierter Gewalt, Rassismus oder
Queerfeindlichkeit implementiert werden.

240 Der 2018 beschlossene Bau von modularen Unterkünften für Geflüchtete muss zudem
241 zügig zum
242 Abschluss gebracht werden, damit pro Bezirk die vereinbarten 1.000 Plätze
243 errichtet werden.
244 Damit Geflüchtete zügig von Unterkünften in Wohnungen ziehen können,
245 insbesondere auch jene,
246 die bereits seit vielen Jahren in Unterkünften leben, braucht es weitere
247 Vereinbarungen über
Kontingente mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und mit privaten
Wohnungsunternehmen und auch weiteren Wohnraum. Die Schaffung ausreichender
Unterbringungskapazitäten ist nur möglich, wenn alle Beteiligten in der Stadt
ihren Beitrag
leisten.

248 Überdies braucht es qualifizierte und passgenaue Angebote, die den verschiedenen
249 Bedarfen
250 der Geflüchteten gerecht werden. Etwa kostenlose Beratung zu Fragen des
251 Aufenthalts und
252 Asyls, des Studiums und der Erwerbstätigkeit sowie der sozialrechtlichen
253 Unterstützung für
254 Drittstaatler*innen. Ebenso muss das Land Berlin auf die besonderen
gesundheitlichen,
psychosozialen oder Inklusionsbedarfe von allen Menschen aus der Ukraine adäquat
reagieren –
insbesondere bei der Unterstützung von trans-Geflüchteten, sowie Geflüchteten
mit HIV oder

anderen Infektionserkrankungen und von Geflüchteten mit Behinderungen.

255 Besonders viele der Geflüchteten sind Frauen. Sie kommen allein, mit Kindern
256 oder mit
257 Großeltern. Sie bangen um ihre männlichen Verwandten und Freund*innen in der
258 Ukraine und
259 tragen zeitgleich Verantwortung für ihre Angehörigen, die sie mitbringen. Sie
260 gehören zu den
261 vulnerablen Gruppen. Schutz vor Gewalt und Ausbeutung gilt auch für sie. Bündnis
262 90/Die
263 Grünen Berlin unterstützt Aufklärungskampagnen zu Menschenhandel und
264 Informationen zu
265 Gewalt. Die Teilnahme an einem Integrationskurs soll allen geflüchteten Menschen
aus der
Ukraine zugänglich ermöglicht werden. Mütter können diese Angebote nur annehmen, wenn
sie eine
Kinderbetreuung haben. Wir setzen uns deshalb für die schnelle Eingliederung der
Kinder in
Kindertageseinrichtungen und Schulen ein. Die Bedürfnisse von besonders
vulnerablen Gruppen,
insbesondere unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten, sind von Minute eins an
zu
berücksichtigen.

266 Eines ist klar: Die Aufnahme flüchtender Menschen aus der Ukraine darf nicht
267 zulasten
268 anderer geflüchteter Menschen gehen, die bereits länger bei uns leben. Wir
269 dürfen und werden
270 auch diejenigen Schutzsuchenden nicht vergessen, die noch immer an der polnisch-
271 belarussischen Grenze, in Afghanistan oder auf Lesbos ausharren müssen. Auch für
sie muss es
sichere Fluchtwege und eine Chance auf Leben geben. Berlin als „Sicherer Hafen“
heißt alle
Schutzsuchenden willkommen.

Begründung der Dringlichkeit

Die Antragsfrist konnte nicht eingehalten werden, da das Ausmaß und die Folgen des russischen Angriffskriegs zu diesem Zeitpunkt nicht absehbar waren.

Dringlichkeitsantrag

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,
2. April 2022**

Initiator*innen: Landesdelegiertenkonferenz (dort beschlossen am:
02.04.2022)

Titel: **Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der Ukraine
und dessen Folgen**

Antragstext

I Einführung

Bündnis 90/Die Grünen Berlin verurteilen den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg in der Ukraine und stehen solidarisch an der Seite der Ukrainer*innen und aller vom Krieg betroffenen Personen und Geflüchteten.

Wladimir Putins Krieg verändert die geo- und sicherheitspolitische Situation in Europa fundamental. Darauf müssen wir in der Europäischen Union Antworten finden. Es ist richtig, dass in einer „Zeitenwende“ alte Wahrheiten nicht mehr gelten. Gleichwohl ist es umgekehrt nicht geboten, einfache Antworten in einer Zeit zu geben, in der viele Fragen noch offen sind. Eine angemessene Antwort umfasst Sicherheit, internationale Zusammenarbeit und humanitäre Hilfe, europäische Souveränität ob bei der Energie- oder der Nahrungsmittelversorgung, Antworten auf die Klimakrise sowie auf die sozialen

Fragen dieser

Zeit gleichermaßen. Ein sehr großer Teil unserer Gesellschaft ist zurecht besorgt über den

Krieg und dessen Auswirkungen auf unser hiesiges Leben. Wir geben diesen Ängsten Raum und

begegnen den sozialen Folgen des Krieges energisch.

15 Bündnis 90/Die Grünen Berlin stehen solidarisch an der Seite all jener in der
16 russischen
17 Zivilgesellschaft, die unter schwersten Bedingungen deutliche Kritik am Krieg
18 der eigenen
19 Regierung üben und unter politischer Verfolgung leiden. Wir stellen uns überdies
20 entschieden
gegen die zunehmenden Anfeindungen und Übergriffe gegen ukrainische sowie
russlandstämmige
und russischsprechende Menschen und Einrichtungen in unserer Stadt. Wir setzen
uns für ein
Berlin ein, in der alle Menschen sich sicher und frei bewegen und leben können.

21 II Sicherheitspolitik umfassend denken

22 Wir müssen in unsere Sicherheit investieren und diese Sicherheit breit denken,
23 um Frieden
24 langfristig zu gewährleisten. Die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit wird aber
25 nicht nur
26 durch zweckmäßig ausgestattete Bundeswehr und Rüstungsgüter erreicht. Dazu
27 gehört eine
28 funktionierende Abwehr gegen Desinformationskampagnen oder Cyber-Angriffe auf
29 kritische
Infrastrukturen, z.B. auf die Wasser- oder Stromversorgung. Zentrale
Voraussetzung für
langfristigen und nachhaltigen Frieden und Sicherheit sind zudem Diplomatie,
feministische
Klimaaußenpolitik, atomare Abrüstung, internationale zivile Krisenprävention
sowie
humanitäre Hilfe.

30 Daher setzen wir uns dafür ein, dass Sicherheitspolitik umfassend verstanden
31 wird und sich
32 dies auch im Haushalt des Bundes widerspiegelt. Im Fokus der
33 haushaltspolitischen
34 Entscheidungen müssen die tatsächlichen Bedarfe und die Angemessenheit des
35 Vorhabens stehen.

36 Nur wenn wir in diesem Sinne in den Frieden investieren, werden wir tatsächlich
37 mehr
38 Sicherheit erreichen können. Mehr Sicherheit erreichen wir nicht durch das
39 Verfolgen des 2%-
40 Ziels der NATO-Staaten, sondern durch gezielte Investitionen in die Bündnis- und
41 Verteidigungsfähigkeit. Die Verankerung militärpolitischer Ziele im Grundgesetz
42 lehnen wir
43 strikt ab. Ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro nur für die Bundeswehr,
44 genauso wie
45 die Kürzung von Haushaltsmitteln für die soziale Sicherung zu Gunsten der
46 Aufrüstungsfinanzierung sind nicht zielführend. Zusätzliche Mittel für die
Bundeswehr kommen
erst nach einer umfassenden Prüfung der Verwendung bereits vorhandener Mittel
des
Bundesverteidigungsministeriums in Betracht. Zusätzliche Mittel im Bereich
Verteidigung
müssen mit klarer Zielvorgabe, unter maßgeblicher Berücksichtigung eines
erweiterten
Sicherheitsbegriffs eingesetzt und deren Einsatz parlamentarisch kontrolliert
werden.
Wichtig ist zudem, das in Teilen dysfunktionale Beschaffungswesen zu verbessern.
Zugleich
braucht es endlich eine strukturelle Antwort auf das zunehmend transparent
werdende
Rechtsextremismus-Problem der Bundeswehr.

47 Die aktuellen Erfahrungen führen uns noch einmal vor Augen, dass es einen
48 grundlegenden
49 Reformbedarf hinsichtlich der grundgesetzlichen Schuldenregel gibt. Es ist
50 finanzpolitisch
51 nicht nachhaltig, wenn notwendige Investitionen unterbleiben. Nicht zuletzt geht
52 es jetzt
53 darum, den krisenresilienten Ausbau der Verkehrs- und Energiewende zu
54 ermöglichen, die die
55 Grundlage unserer energie- und sicherheitspolitischen Unabhängigkeit sind.
Aufgrund der
aktuellen Herausforderungen ist es nötig, dass auch bei der Kreditaufnahme alte
Glaubenssätze auf den Prüfstand kommen. Klar ist für uns, dass Menschen, die
über mehr Geld
verfügen auch mehr zur Finanzierung notwendiger Investitionen beitragen müssen,
besonders in
dieser Ausnahmesituation.

56 Wir alle wünschen uns eine rasche Rückkehr zum Frieden. Dabei ist klar: Die

57 Ukraine hat wie
alle souveränen Staaten das Recht auf Selbstbestimmung und territoriale
Integrität.

58 Eine EU-Mitgliedschaft ist nie eine Frage von Tagen oder Monaten, doch wenn die
59 Ukraine
60 diesen Weg langfristig gehen sollte, sollte sie auf dem Weg unterstützt werden,
61 um die
62 notwendigen Kriterien schnellstmöglich erfüllen zu können. Bündnis 90/Die Grünen
63 Berlin
64 bekennen sich zum Selbstverteidigungsrecht der Ukrainer*innen. Die
65 Waffenlieferungen der
66 Bundesregierung an die Ukraine sind vor dem aktuellen Hintergrund ein gebotenes,
wenngleich
schmerzhaftes letztes Mittel. Sie müssen ein Ausnahmefall bleiben. Grundsätzlich
gilt
weiterhin das Exportverbot von Rüstungsgütern in Kriegs- und Konfliktgebiete.
Wir fordern
von der Bundesregierung überdies, dass sie das Rüstungsexportkontrollgesetz
rasch
vorantreibt und begrüßen, dass Annalena Baerbock scharfe Regelungen angekündigt
hat.

67 Um Putin nicht nur mit Waffenlieferungen, sondern wirtschaftlich und
68 innenpolitisch in die
69 Knie zu zwingen, gilt es die Europäischen Sanktionen gegen russische Oligarchen
70 bzw.
71 Personen auf der EU-Sanktionsliste endlich konsequent durchzusetzen: Die Berliner
72 Strafverfolgungsbehörden müssen sicherstellen, dass bestehende Vermögenswerte
73 eingefroren
74 werden. Länder und Kommunen brauchen zudem eine schnelle Handreichung der
75 gesetzlichen
76 Grundlagen und Verfahren sowie eine enge Zusammenarbeit mit der Taskforce des
77 Bundes. Zudem
78 sollte das Instrument der Beschlagnahmung von Wohn- und Gewerbeimmobilien zur
79 Umsetzung von
80 Sanktionslisten bundesgesetzlich ermöglicht werden. Italien ist hier ein gutes
81 Vorbild, wie
82 es funktionieren kann. Zudem sollte über die Taskforce der G7-Staaten auch
83 Europol mit
84 einbezogen werden.

85
86 Besonders auf dem Berliner Immobilienmarkt besteht hier Handlungsbedarf: Die
vielen

Möglichkeiten der Eigentumsverschleierung in Deutschland rächen sich hier bitter. Personen, die auf der EU-Sanktionsliste stehen müssen daran gehindert werden mit Immobilien oder Bauprojekten weiterhin Einkünfte und Vermögen zu erzielen. Um mehr Transparenz auf dem Immobilienmarkt herzustellen, braucht es weiterhin dringend ein Mieten- und Liegenschaftskataster, in das der wirkliche Eigentümer eingetragen werden muss. Hier steht der Senat in der Pflicht, endlich die gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen. Wir Grüne fordern grundsätzlich: undurchsichtige Firmengeflechte sollten keine Immobilien mehr erwerben können. Steueroasen müssen zudem trocken gelegt werden.

87 III Globale Gerechtigkeit und sozialer Friede in einer Zeit sich potenzierender Krisen

88 Aufgrund des Krieges sind globale Nahrungsmittelkrisen zu befürchten. Die
89 internationale
90 Staatengemeinschaft steht in der Pflicht, humanitäre Katastrophen in Ländern wie
91 Jemen und
92 Somalia zu verhindern und unkompliziert Hilfen zur Verfügung zu stellen. Dazu
93 gehört, dem
94 UN-Welternährungsprogramm Geld zur Verfügung zu stellen, damit es auch zu
95 höheren Preisen
96 Nahrungsmittel für die betroffenen Regionen kaufen kann. Hier kann Deutschland
97 ein klares
98 Zeichen globaler Solidarität setzen.
99 Die aktuelle Situation zeigt, wie wichtig nachhaltige Ernährungssysteme,
100 Ernährungssouveränität und die Unabhängigkeit von energieintensiven
101 Produktionsmitteln sind.
102 Wir Grüne setzen deshalb konsequent auf ein gegenüber Krisen robusteres
103 Ernährungssystem,
104 das durch eine deutliche Reduktion der Tierbestände und Stärkung der
105 pflanzlichen Ernährung
106 weniger Fläche für die Futterproduktion verbraucht, und fordern, den „Green
107 Deal“ und die
108 „Farm to Fork“ auf EU-Ebene weiter voranzubringen, um Klima-, Arten- und
109 Tierschutz zu
110 fördern.
111
112 Zusammen mit unseren Partner*innen in der Europäischen Union und in der
Tradition eines

echten Multilateralismus wollen wir insbesondere auch mit den Ländern des globalen Südens zusammenarbeiten. Nur wenn alle Menschen sicher vor Hunger, Klimafolgen und Diskriminierung sind, können sie in Frieden leben. Für uns bedeutet Sicherheit daher auch, unsere gemeinsamen Ziele für globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Wir fordern daher die Umsetzung des 0,7 % Zieles in der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit, wie im Ampel-Koalitionsvertrag vereinbart. Dort haben die Regierungsparteien auch erklärt, dass die Ausgaben für Krisenprävention, Humanitäre Hilfe, AKBP und Entwicklungszusammenarbeit im Maßstab eins-zu-eins wie die Ausgaben für Verteidigung steigen sollen. Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe müssen weiterhin ein Grundpfeiler der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bleiben und entsprechend finanziert werden.

113 Die wirtschaftlichen und ökonomischen Folgen des Krieges sind auch hierzulande
114 bereits
115 deutlich zu spüren. Im Zuge des Krieges sind etwa die Energie- und
116 Lebensmittelpreise enorm
117 gestiegen. Darum ist es wichtig für Entlastung und soziale Sicherheit zu sorgen.
118 Dabei ist
119 es entscheidend, gerade Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen direkt zu
120 entlasten,
121 die auf die Unterstützung besonders angewiesen sind. So bleibt unsere
122 Gesellschaft in Zeiten
123 der Krise handlungsfähig und hält zusammen. Es ist gut, dass die Bundesregierung
124 bereits
125 zwei Entlastungspakete auf den Weg gebracht hat, u.a. mit einem
126 Heizkostenzuschuss für
127 Wohngeld-Empfänger*innen von 270 Euro, einem monatlichen Kinder-Sofortzuschlag
128 für Familien
129 mit geringem Einkommen, einem Einmalbonus in Höhe von 100 Euro zum Kindergeld,
130 einer
131 Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro für Menschen in der Grundsicherung und einer
132 Erhöhung des
133 Mindestlohns auf 12 Euro ab 1. Oktober und einer Energiepreispauschale in Höhe
134 von 300 Euro
als Zuschuss zum Gehalt. Ein besonderer Erfolg unserer Grünen Akteur*innen in den

Verhandlungen ist ein 90-Tage-Ticket für den ÖPNV, das nur 9 Euro im Monat kosten soll. Das sichert Mobilität für Millionen von Pendler*innen und ist ein großer Schritt nach vorne für eine bezahlbare und klimaneutrale Verkehrswende. Trotz dieser ersten richtigen Schritte: auch Student*inn und Rentner*innen müssen in dieser Krise unterstützt werden. Wir müssen darauf achten, dass niemand durchs soziale Netz fällt. Überdies schließen wir uns den Forderungen vieler Verkehrsminister*innen der Länder an, dass das 90-Tage-Ticket für den ÖPNV zum Nulltarif angeboten werden sollte und die Mittel des Bundes zusätzlich zu den bisherigen Regionalisierungsmitteln kommen müssen. Nach dem Ausbau der Kapazität des ÖPNV, insbesondere in Zeiten starker Auslastung, wollen wir langfristig die Tarife fahrscheinlos gestalten.

135 Die Folgen des Ukraine-Krieges werden uns noch über lange Zeit begleiten. Von
136 einer
137 schnellen Entspannung bei den Preisen ist nicht auszugehen. Wir fordern daher,
138 die rasche
139 Anpassung der Regelsätze der Grundsicherung und deren substantielle Anhebung.
Wir brauchen sozial ausgewogene, effektive und nachhaltige Entlastungen. Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz dürfen hier nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir brauchen beides.

140 IV Energiewende in Land und Bund

141 Der Krieg in der Ukraine hat uns deutlich vor Augen geführt, wie gravierend die
142 Abhängigkeit
143 von fossilen Energieimporten aus Russland ist, in die wir in den letzten
144 Jahrzehnten geraten
145 sind. Die Abhängigkeit Deutschlands und Berlins von Gas-, Kohle- und Ölimporten aus Russland muss sowohl aus klima-, friedens- wirtschafts- als auch aus sicherheitspolitischen Gründen so schnell wie möglich beendet werden.

146 Dafür müssen wir neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien auch solidarisch
147 Energie sparen.
148 Eine fortbestehende fossile Abhängigkeit ist nicht tragbar, da sie zum einen
149 Putins Diktatur
150 und Krieg finanziert und zum anderen höchst klima- und umweltschädlich ist. Wir
151 können und
152 sollten uns nicht auf die fossilen Energielieferungen von unberechenbaren
153 Autokraten
verlassen, stattdessen muss unser Ziel die europäische Energiesouveränität durch
Erneuerbare
Energien sein. Echte Energiesouveränität und Unabhängigkeit von russischen
Energieträgern
wird es nur mit den Erneuerbaren geben. Wir brauchen deshalb einen Energiewende-
Booster, um
den Umstieg auf 100% Erneuerbare möglichst rasch zu schaffen.

154 Kurzfristig müssen die Bundesregierung und die Europäische Union die Zufuhr
155 fossiler
156 Energieträger diversifizieren, um die Versorgungssicherheit sicherzustellen. Wir
157 begrüßen
158 daher, dass Wirtschaftsminister Robert Habeck mit Hochdruck genau diese Idee der
159 Energiesouveränität u.a. durch einen massiv beschleunigten Ausbau der
160 Erneuerbaren Energien
161 und eine Photovoltaikpflicht vorantreibt und gleichzeitig die
162 Versorgungssicherheit durch
163 Diversifizierung, Steigerungen der Energieeffizienz und den Bau von Gasspeichern
im Blick
behält. In der aktuellen Notlage kann dies bedeuten, dass wir fossile Energien
auch aus
Ländern beziehen müssen, von denen wir lieber keine Energie beziehen würden, wie
z.B. Katar.
Es kann aber nur eine letztmögliche und kurzfristige Lösung sein, dass wir uns
von einem
autokratischen Regime ab- und einem anderen zuwenden.

164 Auch in Berlin stehen wir vor der Herausforderung, die Versorgungssicherheit zu
165 gewährleisten und zugleich die Energiewende beschleunigt voranzutreiben. Noch
166 können wir
167 nicht komplett auf Gas für die Wärmeversorgung verzichten. Wir werden aber alles
168 tun, um Gas
169 schnellstmöglich durch klimaneutrale Wärmequellen zu ersetzen und die
Gasinfrastruktur
umzubauen – für eine erneuerbare Wärmeversorgung in Berlin. Am Kohleausstieg
noch vor 2030

halten wir fest.

170 Unser 10-Punkte-Plan im Wärmebereich sieht dabei kurz-, mittel- und langfristige
171 Maßnahmen
172 vor, die wir nun gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern auf den Weg bringen
173 wollen. Dafür
174 wird es aber auch zusätzliche Mittel jenseits der aktuellen Haushaltsberatungen
175 brauchen.

Die rot-grün-rote Koalition hat sich darauf verständigt, dass Investitionen in die Energie- und Mobilitätswende einen Schwerpunkt dieser Legislatur bilden sollen. Der Krieg in der Ukraine zeigt uns drastisch, wie dringlich eine solche Schwerpunktsetzung ist.

176 1. Wir müssen mehr Erneuerbare Wärme in die Heizungskeller bringen. Dazu wollen
177 wir ein
178 Austauschprogramm von Gasheizungen hin zu Wärmepumpen auf den Weg bringen. Zudem
179 soll der
180 Austausch von Heizkörpern gefördert werden, um die Häuser und Wohnungen fit für
181 Wärmepumpen
zu machen. Wir prüfen einen Wärmepumpenbonus für Handwerker*innen und beenden die Landesförderung für Gasbrennwertthermen. Für den Neubau schöpfen wir unsere rechtlichen Möglichkeiten für einen Einbaustopp von Gasthermen aus.

182 2. Wir müssen bei der Dekarbonisierung der Wärmenetze schneller vorankommen.
183 Hierfür wollen
184 wir die Umstellung der Fernwärme auf Erneuerbare bzw. Abwärme beschleunigen und mit den Betreibern der bestehenden Erdgasverteilnetze verbindliche Ausstiegspläne vereinbaren.

185 3. Berlins erneuerbare Wärmepotentiale wollen wir mit einer Wärmeplanung noch
186 konsequenter
erschließen. Dazu wollen wir eine Landesförderung für regenerative Nahwärmenetze einführen.

187 4. Wir werden auch die Potentiale der Geothermie stärker nutzen. Dafür werden
188 wir in einem
189 ersten Schritt die Datenbasis für die Nutzung von Tiefengeothermie in Berlin
190 verbessern. Für
191 die kostspielige umfassende Erkundung suchen wir sowohl die Unterstützung des

192 Bundes als
193 auch mögliche Kooperationen mit der Wirtschaft. Wir nehmen einen neuen Anlauf,
194 um den
195 Zielkonflikt zwischen der Sicherung unseres Grundwassers und oberflächennaher
Geothermie zu
lösen. Auch die Potentiale grünen Wasserstoffs müssen wir nutzen – insbesondere
als
Speicher, für Industrie und Schwerlastverkehr. Dafür braucht es Unternehmen, die
sich
hierfür engagieren, und deutlich mehr grünen Strom. Eine echte Offensive
schaffen wir nur
gemeinsam mit Brandenburg.

196 5. Wir brauchen ein ambitioniertes und machbares Sanierungsprogramm für Berlins
197 Häuser. Dazu
198 müssen wir bewährte Förderprogramme stärken. Die Ankündigung der
199 Bundesregierung, einen
ordnungsrechtlichen Rahmen zu schaffen, begrüßen wir. Etwaige notwendige Lücken
schließen
wir im Rahmen eines Erneuerbare-Wärme-Gesetzes.

200 6. Eine der dringlichsten Maßnahmen ist eine Offensive für mehr Fachkräfte in
201 Klimaberufen.
202 Wir starten deshalb in Abstimmung mit dem Berliner Handwerk, den Kammern und
Innungen, eine
Aus- und Fortbildungsinitiative, um mehr Menschen für Klimaschutzberufe zu
begeistern.

203 7. Wir wollen Energiesparchecks für alle öffentlichen Gebäude verpflichtend
204 durchführen und
205 schnell und einfach umzusetzende Einsparmaßnahmen auf den Weg bringen.
206 Privathaushalte
207 wollen wir mit einer Energiesparkampagne und einer kostenlosen Erstberatung über
208 ihre
209 Einsparpotentiale informieren und die bereits vorhandenen Angebote stärker
210 bewerben. So ist
211 ein Großteil der Gasetagenheizungen in Berlins Mietshäusern überdimensioniert,
die Anlagen
verbrauchen mehr Gas als zum Heizen der Wohnungen nötig ist – zum Schaden der
Mieter*innen.
Wo die gestiegenen Energiekosten aufgrund der Einkommenssituation schwer zu
verkräften sind,
müssen neben finanziellen Entlastungen Angebote der Energieschuldenberatung und

Maßnahmen

zur Vermeidung von Strom- oder Gassperren greifen.

212 8. Wir prüfen, wie wir die Grundsteuer und Grunderwerbssteuer an der
213 Energieeffizienz des
214 Gebäudes orientieren können. Je besser saniert ein Gebäude ist, desto weniger
215 zahlt ein*e
Eigentümer*in, je schlechter der Sanierungszustand, desto mehr. So setzen wir
klare Anreize,
in Energieeffizienz zu investieren.

216 9. Die Wärmewende braucht mehr grünen Strom. Das bedeutet für Berlin vor allem,
217 Photovoltaikanlagen auf Berlins Dächern. Deshalb haben wir Grüne das Ziel von
218 25% Solarstrom
219 2035 im Koalitionsvertrag durgesetzt. Mit dem Solargesetz Berlin, der
220 Solarpflicht für
221 öffentliche Gebäude im EWG und dem Masterplan Solarcity haben wir bereits
wichtige Weichen
für die notwendige Beschleunigung des PV-Ausbaus gestellt. Diesen Weg muss das
Land Berlin
konsequent fortsetzen.

222 10. Wir wollen die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg und unseren dort an
223 der Regierung
224 beteiligten bündnisgrünen Parteifreund*innen intensivieren. Beide Bundesländer
225 können
226 gemeinsam die Wärmewende schaffen, wie eine Studie des Fraunhofer-Instituts im
Auftrag von
Bündnisses Kohleausstieg Berlin gezeigt hat. Dafür gründen wir eine gemeinsame
Task Force
Energiewende in der Metropolregion.

227 V Klimaschutz und Mobilitätswende

228 Die Klimakrise und die zunehmend steigenden Energiepreise aufgrund des Kriegs in
229 der Ukraine
230 zwingen uns überdies dazu, klimaschädliche Energieträger sparsamer und
231 effizienter
232 einzusetzen. Einsparpotential gibt es im Land Berlin insbesondere auch mit Blick
233 auf den
234 motorisierten Individualverkehr, da der Verkehrssektor nach wie vor der
235 zweitgrößte Emittent
236 von CO2 ist. Eines ist klar: Der Umstieg auf Elektromobilität macht den Verkehr

zwar weniger klimaschädlich, verbraucht dennoch Energie und kostbare Ressourcen. Die Mobilitätswende muss daher mehr sein als eine bloße Antriebswende. Unser Ziel, möglichst viele Menschen davon zu überzeugen vom Auto auf Bus, Bahn, Rad oder Fuß umzusteigen ist heute wichtiger und drängender denn je. Zentral wird dabei sein, dass wir den ÖPNV noch attraktiver gestalten.

237 Daher werden wir eine Attraktivitäts-Offensive starten. In der letzten Periode
238 haben wir
239 bereits die größte ÖPNV-Infrastruktur-Investitions-Phase gestartet, die es in
240 Berlin je gab.
241 Mit neuen Linien, einem besseren Takt und einem deutlich gesteigerten Angebot
242 wird dies
243 schon bald erste Erfolge zeigen. Nun gilt es diesen Weg zu verstärken. Wir
244 werden daher die
245 Bahnhöfe aufwerten, für mehr Sicherheit im ÖPNV sorgen und auch Abos attraktiver
246 machen. Um
247 diese Offensive zu finanzieren und insbesondere am Stadtrand mehr Angebote
248 schaffen zu
können, führen wir eine dritte Finanzierungssäule ein. In einem ersten Schritt
werden die
Gebühren fürs Anwohner- und fürs Kurzzeitparken erhöht. Dies allein wird jedoch
nicht
reichen. Wir werden darüber hinaus noch weitere Einnahmequellen benötigen, wie
beispielsweise eine Maut, die vor allem PKWs mit hohen CO₂-Emissionen betrifft
und sozial
gestaffelt ist. Deren Einnahmen sollen für die Vergünstigung des Verkehrs und
den Ausbau des
ÖPNV, gerade in den Außenbezirken, verwendet werden.

249 Wir unterstützen die Pläne der SenUMVK, die Verfahren für Bus- und Radspuren
250 zusammen mit
251 den Bezirken zu beschleunigen. Diesen Weg wollen wir kontinuierlich ausbauen. Um
252 schnell
253 fossile Energien einsparen zu können, fordern wir zudem die Einführung von
254 mindestens einem
255 autofreien Sonntag pro Monat in Berlin. Wir werden überdies alle rechtlichen
256 Möglichkeiten
nutzen, um Tempo 30 für den motorisierten Individualverkehr in der Stadt
durchzusetzen. Wer
sein Auto stehen lässt oder gar keines besitzt, soll dennoch rasch und bequem

vorankommen.

Wir tun alles, damit das künftig auch für Pendler*innen und für Menschen gilt, die am Stadtrand wohnen.

257 VI Berlin als „sicherer Hafen“ für alle Geflüchteten

258 Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht aus der Ukraine. Dabei ist
259 Berlin als

260 „Sicherer Hafen“ für viele Menschen, nicht zuletzt aus der organisierten
261 ukrainischen

262 Zivilgesellschaft, ein Hauptziel. Wir stehen solidarisch an der Seite aller
263 Menschen in der

264 Ukraine und aller Geflüchteten aus der Ukraine. Diese Entwicklung und die
265 anhaltend hohe

266 Zahl an Schutzsuchen, auch aus anderen Konfliktgebieten, bedeuten einen
267 organisatorischen,

268 logistischen und humanitären Kraftakt für Senat, Bezirke und die gesamte
269 Stadtgesellschaft.

270 Wir senden dennoch das klare Signal: Wir lassen Euch nicht allein! Das schließt
271 explizit

272 auch alle Schwarzen Menschen, People of Color und Drittstaatler*innen und
273 Staatenlosen ein,

die sich derzeit auf der Flucht vor dem Krieg befinden

Bündnis 90/Die Grünen Berlin verurteilen scharf die Anwendung von „Racial Profiling“ an der

polnisch-deutschen Grenze durch die Bundespolizei sowie die schamlosen und rassistischen

Bemühungen, zwischen „guten“ und „schlechten“ Geflüchteten zu unterscheiden. Der Krieg in

der Ukraine trifft alle dort lebenden Menschen, und zwar unabhängig von ihrer Herkunft. Für

uns steht fest: Die Bundesregierung muss allen Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine

flüchten, den gleichen Schutz und die gleichen Aufenthaltsrechte bieten.

274 So etwa Angehörige der Minderheit der Roma, die bereits vor dem Krieg stark
275 diskriminiert

276 und sozial-benachteiligt waren. 40% der in der Ukraine lebenden Rom*nja sind
277 staatenlos. Wir

278 benötigen eine funktionierende Verteilung nach dem Königsteiner Schlüssel auf
279 die anderen

280 Bundesländer. Besonders vulnerable Geflüchtete wie LSBTIQ* und BIPOC sollen aber
281 nicht gegen
282 ihren Willen durch das EASY-System nach Königsteiner Schlüssel an Orte ohne
283 unterstützende
284 Strukturen verbracht werden, sondern dauerhaft in Berlin bleiben können. Bei
285 Menschen mit
286 Behinderung soll eine Verteilung außerhalb Berlins nur dann erfolgen, wenn vor
287 Ort gleiche
288 Möglichkeiten zur Teilhabe wie in Berlin bestehen. Für diejenigen, die in Berlin
289 bleiben,
290 gilt es nun schnell und unbürokratisch die Registrierung zu ermöglichen, die
291 Gesundheitsversorgung sicherzustellen und Zugang zu Ausbildung, Studium und
Arbeitsmarkt
tatsächlich zu ermöglichen. Wir werden uns auf Bundesebene und auch in Berlin
mit allen
Kräften dafür einsetzen, dass für Drittstaatsangehörige gleichberechtigte
Aufenthaltsperspektiven geschaffen werden. Dazu gehört es auch, die Menschen in
die Lage zu
versetzen, rechtliche Voraussetzungen erfüllen zu können. Es braucht zudem in
Absprache
zwischen Bund und Ländern einen klaren finanziellen Rahmen, der die besondere
Situation
Berlins anerkennt und dieser gerecht wird. Die Bundesregierung steht in der
Pflicht, dem
Land Berlin die notwendigen Finanzmittel und strukturellen und personellen
Unterstützungsangebote zügig bereit zu stellen.

292 Die Berliner Stadtgesellschaft hat in den vergangenen Wochen enormes geleistet.
293 Die gezeigte
294 Solidarität und das gelebte Engagement boten vielen Menschen in einer für sie
295 verzweifelten
296 Lage Hoffnung. Nicht nur zu Beginn der Krise waren der Berliner Senat und die
297 Verwaltung auf
298 die Unterstützung der Zivilgesellschaft angewiesen, bis heute ist die
299 ehrenamtliche
300 Helfer*innenstruktur unverzichtbar und garantiert, dass Berlin der Aufgabe
301 weiter gewachsen
302 bleibt. Es gilt nun diese Lage Schritt für Schritt in geordnete Bahnen zu lenken
303 und
304 dauerhaft funktionierende Strukturen für Ankunft, Unterbringung und soziale und
305 gesellschaftliche Teilhabe zu schaffen. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit
306 zwischen
307 professionellen und den bereits bestehenden ehrenamtlichen Strukturen von
308 besonderer

309 Bedeutung, um die Kontinuität von Projekten und Angeboten zu sichern und eine
310 stete
Verbesserung der Angebote zu erreichen. Dafür braucht es in einem ersten Schritt
eine
vereinfachte und direkte Gewährung von Personal- und Sachmitteln für die
zivilgesellschaftlichen Träger durch die Zuwendungsstellen zum Aufbau
professioneller
Hilfstrukturen neben dem ehrenamtlichen Engagement. In einem zweiten Schritt
wird
mittelfristig ein neuer „Masterplan“ benötigt, der die Teilhabe und Inklusion
aller
geflüchteter Menschen aus der Ukraine auf Landes- und Bezirksebene sowie in
allen
gesellschaftlichen Bereichen aktiv befördert. Dabei sollen u.a. geflüchtete
Kulturschaffende
und Kulturprojekte für Geflüchtete besondere Unterstützung erfahren sowie
Jugendbegegnungen
zur Kriegsaufklärung gefördert werden.

311 Der Berliner Senat hat in den letzten Wochen schnell und geschlossen agiert, um
312 die
313 Geflüchteten angemessen unterzubringen und zu versorgen. Aber wir müssen damit
314 rechnen, dass
315 in den nächsten Wochen die Zahl der Menschen, die zu uns flüchten, noch weiter
316 ansteigen
317 wird. Deshalb sind eine funktionierende Struktur und ausreichende Kapazitäten in
318 den
319 Ankunftscentren sicherzustellen. Vulnerablen Gruppen müssen überdies sichere
320 Unterkünfte
321 unterbreitet werden, die ihren Sicherheitsbedarfen Rechnung tragen. Wir fordern
322 daher den
323 Senat auf, die zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Einrichtung von
324 eigenen
Unterkünften für LSBTIQ*- und BIPOC-Geflüchtete als ‚Safer Spaces‘ zu
unterstützen. Zudem
müssen in allen Einrichtungen Betreiber*innenschutzkonzepte für vulnerable
Gruppen zur
Prävention und zum Schutz vor Sexismus, sexualisierter Gewalt, Rassismus oder
Queerfeindlichkeit implementiert werden. Den Senat fordern wir auf,
zivilgesellschaftliche
Plattformen, die die private Unterbringung Geflüchteter organisieren,
professionell zu
beraten. Dabei müssen sowohl die Sicherheit und der Schutz vulnerabler Gruppen
gewährleistet

als auch ehrenamtliches Engagement niedrigschwellig möglich sein.

325 Der 2018 beschlossene Bau von modularen Unterkünften für Geflüchtete muss zudem
326 zügig zum
327 Abschluss gebracht werden, damit pro Bezirk die vereinbarten 1.000 Plätze
328 errichtet werden.
329 Damit Geflüchtete zügig von Unterkünften in Wohnungen ziehen können,
330 insbesondere auch jene,
331 die bereits seit vielen Jahren in Unterkünften leben, braucht es weitere
332 Vereinbarungen über
333 Kontingente mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und mit privaten
334 Wohnungsunternehmen. Zudem muss der Zugang zum Wohnberechtigungsschein für
335 Geflüchtete
336 unabhängig von der Dauer des Aufenthaltsstatus endlich ermöglicht werden. Zudem
337 wollen wir
338 durch Programme wie „Wohnen für Hilfe“ oder durch die Kooperation mit Sozialen
Trägern
Alleinlebende in großen Wohnungen oder gar Häusern davon überzeugen, Menschen
aufzunehmen.
Zudem wird es umso dringender, dass neuer Wohnraum im bezahlbarem Segment
entsteht. Die
Schaffung ausreichender Unterbringungskapazitäten ist nur möglich, wenn alle
Beteiligten in
der Stadt ihren Beitrag leisten. Nicht nur die Landeseigenen Wohnungsunternehmen
sollten wie
bisher feste Vermietungsquoten für Geflüchtete erfüllen, auch die großen
privaten
Wohnungsunternehmen stehen in der Pflicht, einen deutlichen Beitrag zu leisten.

339 Überdies braucht es qualifizierte und passgenaue Angebote, die den verschiedenen
340 Bedarfen
341 der Geflüchteten gerecht werden. Etwa kostenlose Beratung zu Fragen des
342 Aufenthalts und
343 Asyls, des Studiums und der Erwerbstätigkeit sowie der sozialrechtlichen
344 Unterstützung für
345 Drittstaatler*innen. Ebenso muss das Land Berlin auf die besonderen
gesundheitlichen,
psychosozialen oder Inklusionsbedarfe von allen Menschen aus der Ukraine adäquat
reagieren –
insbesondere bei der Unterstützung von trans-Geflüchteten, sowie Geflüchteten
mit HIV oder
anderen Infektionserkrankungen und von Geflüchteten mit Behinderungen.

346 Besonders viele der Geflüchteten sind Frauen. Sie kommen allein, mit Kindern
347 oder mit
348 Großeltern. Sie bangen um ihre männlichen Verwandten und Freund*innen in der
349 Ukraine und
350 tragen zeitgleich Verantwortung für ihre Angehörigen, die sie mitbringen. Sie
351 gehören zu den
352 vulnerablen Gruppen. Schutz vor Gewalt und Ausbeutung gilt auch für sie. Bündnis
353 90/Die
354 Grünen Berlin unterstützt Aufklärungskampagnen zu Menschenhandel und
355 Informationen zu
356 Gewalt. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass der Kampf gegen Menschenhandel von
357 Seiten der
358 Bundes- und Landespolizei sowie des Senats noch mehr in den Fokus gerückt wird.
359 Letztgenannter soll gemeinsam mit dem vom Bundesfamilienministerium geförderten
360 Koordinierungskreis gegen Menschenhandel eine Struktur schaffen, die darauf
361 abzielt
362 Menschenhandel und Ausbeutung von Schutzsuchenden maximal zu verunmöglichen. Die
363 Teilnahme
an einem Integrationskurs, Qualifizierungsmaßnahmen oder Arbeitsmarktangeboten
soll allen
geflüchteten Menschen aus der Ukraine zügig ermöglicht werden. Mütter können
diese Angebote
nur nutzen, wenn sie eine Kinderbetreuung haben. Wir setzen uns deshalb für die
schnelle
Eingliederung der Kinder in Kindertageseinrichtungen und Schulen ein, nicht nur
in
Willkommensklassen, sondern auch direkt integriert in die Regelklassen verbunden
mit
hybriden Lernmodellen, temporären außerschulischen Lerngruppen und
frühkindlicher
Sprachförderung außerhalb der Kitas. An den Schulen ist eine ausreichende
personelle
Ausstattung der schulpsychologischen Beratung zu gewährleisten.

364 Die Bedürfnisse von besonders vulnerablen Gruppen, insbesondere unbegleiteten
365 minderjährigen
366 Geflüchteten, sind von Minute eins an zu berücksichtigen. Darüber hinaus
367 befürworten wir
368 vereinfachte Einstellungsverfahren für die ukrainischen Geflüchteten als
pädagogische
Fachkräfte für ihre berufliche Integration und gleichzeitig als
Brückenbauer*innen zwischen
den Kindern und Jugendlichen und den Bildungssystemen der Ukraine und
Deutschlands.

369 Eines ist klar: Die Aufnahme flüchtender Menschen aus der Ukraine darf nicht
370 zulasten
371 anderer geflüchteter Menschen gehen, die bereits länger bei uns leben. Wir
372 dürfen und werden
373 auch diejenigen Schutzsuchenden nicht vergessen, die noch immer an der polnisch-
374 belarussischen Grenze, in Afghanistan oder auf Lesbos ausharren müssen. Auch für
sie muss es
sichere & legale Fluchtwege und eine Chance auf Leben geben. Berlin als
„Sicherer Hafen“
heißt alle Schutzsuchenden willkommen.

Dringlichkeitsantrag

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,
2. April 2022**

Initiator*innen: Landesdelegiertenkonferenz (dort beschlossen am:
02.04.2022)

Titel: **Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der Ukraine
und dessen Folgen**

Antragstext

I Einführung

Bündnis 90/Die Grünen Berlin verurteilen den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg in der Ukraine und stehen solidarisch an der Seite der Ukrainer*innen und aller vom Krieg betroffenen Personen und Geflüchteten.

Wladimir Putins Krieg verändert die geo- und sicherheitspolitische Situation in Europa fundamental. Darauf müssen wir in der Europäischen Union Antworten finden. Es ist richtig, dass in einer „Zeitenwende“ alte Wahrheiten nicht mehr gelten. Gleichwohl ist es umgekehrt nicht geboten, einfache Antworten in einer Zeit zu geben, in der viele Fragen noch offen sind. Eine angemessene Antwort umfasst Sicherheit, internationale Zusammenarbeit und humanitäre Hilfe, europäische Souveränität ob bei der Energie- oder der Nahrungsmittelversorgung, Antworten auf die Klimakrise sowie auf die sozialen

Fragen dieser

Zeit gleichermaßen. Ein sehr großer Teil unserer Gesellschaft ist zurecht besorgt über den

Krieg und dessen Auswirkungen auf unser hiesiges Leben. Wir geben diesen Ängsten Raum und

begegnen den sozialen Folgen des Krieges energisch.

15 Bündnis 90/Die Grünen Berlin stehen solidarisch an der Seite all jener in der
16 russischen
17 Zivilgesellschaft, die unter schwersten Bedingungen deutliche Kritik am Krieg
18 der eigenen
19 Regierung üben und unter politischer Verfolgung leiden. Wir stellen uns überdies
20 entschieden
gegen die zunehmenden Anfeindungen und Übergriffe gegen ukrainische sowie
russlandstämmige
und russischsprechende Menschen und Einrichtungen in unserer Stadt. Wir setzen
uns für ein
Berlin ein, in der alle Menschen sich sicher und frei bewegen und leben können.

21 II Sicherheitspolitik umfassend denken

22 Wir müssen in unsere Sicherheit investieren und diese Sicherheit breit denken,
23 um Frieden
24 langfristig zu gewährleisten. Die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit wird aber
25 nicht nur
26 durch zweckmäßig ausgestattete Bundeswehr und Rüstungsgüter erreicht. Dazu
27 gehört eine
28 funktionierende Abwehr gegen Desinformationskampagnen oder Cyber-Angriffe auf
29 kritische
Infrastrukturen, z.B. auf die Wasser- oder Stromversorgung. Zentrale
Voraussetzung für
langfristigen und nachhaltigen Frieden und Sicherheit sind zudem Diplomatie,
feministische
Klimaaußenpolitik, atomare Abrüstung, internationale zivile Krisenprävention
sowie
humanitäre Hilfe.

30 Daher setzen wir uns dafür ein, dass Sicherheitspolitik umfassend verstanden
31 wird und sich
32 dies auch im Haushalt des Bundes widerspiegelt. Im Fokus der
33 haushaltspolitischen
34 Entscheidungen müssen die tatsächlichen Bedarfe und die Angemessenheit des
35 Vorhabens stehen.

36 Nur wenn wir in diesem Sinne in den Frieden investieren, werden wir tatsächlich
37 mehr
38 Sicherheit erreichen können. Mehr Sicherheit erreichen wir nicht durch das
39 Verfolgen des 2%-
40 Ziels der NATO-Staaten, sondern durch gezielte Investitionen in die Bündnis- und
41 Verteidigungsfähigkeit. Die Verankerung militärpolitischer Ziele im Grundgesetz
42 lehnen wir
43 strikt ab. Ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro nur für die Bundeswehr,
44 genauso wie
45 die Kürzung von Haushaltsmitteln für die soziale Sicherung zu Gunsten der
46 Aufrüstungsfinanzierung sind nicht zielführend. Zusätzliche Mittel für die
Bundeswehr kommen
erst nach einer umfassenden Prüfung der Verwendung bereits vorhandener Mittel
des
Bundesverteidigungsministeriums in Betracht. Zusätzliche Mittel im Bereich
Verteidigung
müssen mit klarer Zielvorgabe, unter maßgeblicher Berücksichtigung eines
erweiterten
Sicherheitsbegriffs eingesetzt und deren Einsatz parlamentarisch kontrolliert
werden.
Wichtig ist zudem, das in Teilen dysfunktionale Beschaffungswesen zu verbessern.
Zugleich
braucht es endlich eine strukturelle Antwort auf das zunehmend transparent
werdende
Rechtsextremismus-Problem der Bundeswehr.

47 Die aktuellen Erfahrungen führen uns noch einmal vor Augen, dass es einen
48 grundlegenden
49 Reformbedarf hinsichtlich der grundgesetzlichen Schuldenregel gibt. Es ist
50 finanzpolitisch
51 nicht nachhaltig, wenn notwendige Investitionen unterbleiben. Nicht zuletzt geht
52 es jetzt
53 darum, den krisenresilienten Ausbau der Verkehrs- und Energiewende zu
54 ermöglichen, die die
55 Grundlage unserer energie- und sicherheitspolitischen Unabhängigkeit sind.
Aufgrund der
aktuellen Herausforderungen ist es nötig, dass auch bei der Kreditaufnahme alte
Glaubenssätze auf den Prüfstand kommen. Klar ist für uns, dass Menschen, die
über mehr Geld
verfügen auch mehr zur Finanzierung notwendiger Investitionen beitragen müssen,
besonders in
dieser Ausnahmesituation.

56 Wir alle wünschen uns eine rasche Rückkehr zum Frieden. Dabei ist klar: Die

57 Ukraine hat wie
alle souveränen Staaten das Recht auf Selbstbestimmung und territoriale
Integrität.

58 Eine EU-Mitgliedschaft ist nie eine Frage von Tagen oder Monaten, doch wenn die
59 Ukraine
60 diesen Weg langfristig gehen sollte, sollte sie auf dem Weg unterstützt werden,
61 um die
62 notwendigen Kriterien schnellstmöglich erfüllen zu können. Bündnis 90/Die Grünen
63 Berlin
64 bekennen sich zum Selbstverteidigungsrecht der Ukrainer*innen. Die
65 Waffenlieferungen der
66 Bundesregierung an die Ukraine sind vor dem aktuellen Hintergrund ein gebotenes,
wenngleich
schmerzhaftes letztes Mittel. Sie müssen ein Ausnahmefall bleiben. Grundsätzlich
gilt
weiterhin das Exportverbot von Rüstungsgütern in Kriegs- und Konfliktgebiete.
Wir fordern
von der Bundesregierung überdies, dass sie das Rüstungsexportkontrollgesetz
rasch
vorantreibt und begrüßen, dass Annalena Baerbock scharfe Regelungen angekündigt
hat.

67 Um Putin nicht nur mit Waffenlieferungen, sondern wirtschaftlich und
68 innenpolitisch in die
69 Knie zu zwingen, gilt es die Europäischen Sanktionen gegen russische Oligarchen
70 bzw.
71 Personen auf der EU-Sanktionsliste endlich konsequent durchzusetzen: Die Berliner
72 Strafverfolgungsbehörden müssen sicherstellen, dass bestehende Vermögenswerte
73 eingefroren
74 werden. Länder und Kommunen brauchen zudem eine schnelle Handreichung der
75 gesetzlichen
76 Grundlagen und Verfahren sowie eine enge Zusammenarbeit mit der Taskforce des
77 Bundes. Zudem
78 sollte das Instrument der Beschlagnahmung von Wohn- und Gewerbeimmobilien zur
79 Umsetzung von
80 Sanktionslisten bundesgesetzlich ermöglicht werden. Italien ist hier ein gutes
81 Vorbild, wie
82 es funktionieren kann. Zudem sollte über die Taskforce der G7-Staaten auch
83 Europol mit
84 einbezogen werden.

85
86 Besonders auf dem Berliner Immobilienmarkt besteht hier Handlungsbedarf: Die
vielen

Möglichkeiten der Eigentumsverschleierung in Deutschland rächen sich hier bitter. Personen, die auf der EU-Sanktionsliste stehen müssen daran gehindert werden mit Immobilien oder Bauprojekten weiterhin Einkünfte und Vermögen zu erzielen. Um mehr Transparenz auf dem Immobilienmarkt herzustellen, braucht es weiterhin dringend ein Mieten- und Liegenschaftskataster, in das der wirkliche Eigentümer eingetragen werden muss. Hier steht der Senat in der Pflicht, endlich die gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen. Wir Grüne fordern grundsätzlich: undurchsichtige Firmengeflechte sollten keine Immobilien mehr erwerben können. Steueroasen müssen zudem trocken gelegt werden.

87 III Globale Gerechtigkeit und sozialer Friede in einer Zeit sich potenzierender Krisen

88 Aufgrund des Krieges sind globale Nahrungsmittelkrisen zu befürchten. Die
89 internationale
90 Staatengemeinschaft steht in der Pflicht, humanitäre Katastrophen in Ländern wie
91 Jemen und
92 Somalia zu verhindern und unkompliziert Hilfen zur Verfügung zu stellen. Dazu
93 gehört, dem
94 UN-Welternährungsprogramm Geld zur Verfügung zu stellen, damit es auch zu
95 höheren Preisen
96 Nahrungsmittel für die betroffenen Regionen kaufen kann. Hier kann Deutschland
97 ein klares
98 Zeichen globaler Solidarität setzen.
99 Die aktuelle Situation zeigt, wie wichtig nachhaltige Ernährungssysteme,
100 Ernährungssouveränität und die Unabhängigkeit von energieintensiven
101 Produktionsmitteln sind.
102 Wir Grüne setzen deshalb konsequent auf ein gegenüber Krisen robusteres
103 Ernährungssystem,
104 das durch eine deutliche Reduktion der Tierbestände und Stärkung der
105 pflanzlichen Ernährung
106 weniger Fläche für die Futterproduktion verbraucht, und fordern, den „Green
107 Deal“ und die
108 „Farm to Fork“ auf EU-Ebene weiter voranzubringen, um Klima-, Arten- und
109 Tierschutz zu
110 fördern.
111
112 Zusammen mit unseren Partner*innen in der Europäischen Union und in der
Tradition eines

echten Multilateralismus wollen wir insbesondere auch mit den Ländern des globalen Südens zusammenarbeiten. Nur wenn alle Menschen sicher vor Hunger, Klimafolgen und Diskriminierung sind, können sie in Frieden leben. Für uns bedeutet Sicherheit daher auch, unsere gemeinsamen Ziele für globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Wir fordern daher die Umsetzung des 0,7 % Zieles in der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit, wie im Ampel-Koalitionsvertrag vereinbart. Dort haben die Regierungsparteien auch erklärt, dass die Ausgaben für Krisenprävention, Humanitäre Hilfe, AKBP und Entwicklungszusammenarbeit im Maßstab eins-zu-eins wie die Ausgaben für Verteidigung steigen sollen. Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe müssen weiterhin ein Grundpfeiler der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bleiben und entsprechend finanziert werden.

113 Die wirtschaftlichen und ökonomischen Folgen des Krieges sind auch hierzulande
114 bereits
115 deutlich zu spüren. Im Zuge des Krieges sind etwa die Energie- und
116 Lebensmittelpreise enorm
117 gestiegen. Darum ist es wichtig für Entlastung und soziale Sicherheit zu sorgen.
118 Dabei ist
119 es entscheidend, gerade Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen direkt zu
120 entlasten,
121 die auf die Unterstützung besonders angewiesen sind. So bleibt unsere
122 Gesellschaft in Zeiten
123 der Krise handlungsfähig und hält zusammen. Es ist gut, dass die Bundesregierung
124 bereits
125 zwei Entlastungspakete auf den Weg gebracht hat, u.a. mit einem
126 Heizkostenzuschuss für
127 Wohngeld-Empfänger*innen von 270 Euro, einem monatlichen Kinder-Sofortzuschlag
128 für Familien
129 mit geringem Einkommen, einem Einmalbonus in Höhe von 100 Euro zum Kindergeld,
130 einer
131 Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro für Menschen in der Grundsicherung und einer
132 Erhöhung des
133 Mindestlohns auf 12 Euro ab 1. Oktober und einer Energiepreispauschale in Höhe
134 von 300 Euro
als Zuschuss zum Gehalt. Ein besonderer Erfolg unserer Grünen Akteur*innen in den

Verhandlungen ist ein 90-Tage-Ticket für den ÖPNV, das nur 9 Euro im Monat kosten soll. Das sichert Mobilität für Millionen von Pendler*innen und ist ein großer Schritt nach vorne für eine bezahlbare und klimaneutrale Verkehrswende. Trotz dieser ersten richtigen Schritte: auch Student*inn und Rentner*innen müssen in dieser Krise unterstützt werden. Wir müssen darauf achten, dass niemand durchs soziale Netz fällt. Überdies schließen wir uns den Forderungen vieler Verkehrsminister*innen der Länder an, dass das 90-Tage-Ticket für den ÖPNV zum Nulltarif angeboten werden sollte und die Mittel des Bundes zusätzlich zu den bisherigen Regionalisierungsmitteln kommen müssen. Nach dem Ausbau der Kapazität des ÖPNV, insbesondere in Zeiten starker Auslastung, wollen wir langfristig die Tarife fahrscheinlos gestalten.

135 Die Folgen des Ukraine-Krieges werden uns noch über lange Zeit begleiten. Von
136 einer
137 schnellen Entspannung bei den Preisen ist nicht auszugehen. Wir fordern daher,
138 die rasche
139 Anpassung der Regelsätze der Grundsicherung und deren substantielle Anhebung.
Wir brauchen sozial ausgewogene, effektive und nachhaltige Entlastungen. Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz dürfen hier nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir brauchen beides.

140 IV Energiewende in Land und Bund

141 Der Krieg in der Ukraine hat uns deutlich vor Augen geführt, wie gravierend die
142 Abhängigkeit
143 von fossilen Energieimporten aus Russland ist, in die wir in den letzten
144 Jahrzehnten geraten
145 sind. Die Abhängigkeit Deutschlands und Berlins von Gas-, Kohle- und Ölimporten aus Russland muss sowohl aus klima-, friedens- wirtschafts- als auch aus sicherheitspolitischen Gründen so schnell wie möglich beendet werden.

146 Dafür müssen wir neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien auch solidarisch
147 Energie sparen.
148 Eine fortbestehende fossile Abhängigkeit ist nicht tragbar, da sie zum einen
149 Putins Diktatur
150 und Krieg finanziert und zum anderen höchst klima- und umweltschädlich ist. Wir
151 können und
152 sollten uns nicht auf die fossilen Energielieferungen von unberechenbaren
153 Autokraten
verlassen, stattdessen muss unser Ziel die europäische Energiesouveränität durch
Erneuerbare
Energien sein. Echte Energiesouveränität und Unabhängigkeit von russischen
Energieträgern
wird es nur mit den Erneuerbaren geben. Wir brauchen deshalb einen Energiewende-
Booster, um
den Umstieg auf 100% Erneuerbare möglichst rasch zu schaffen.

154 Kurzfristig müssen die Bundesregierung und die Europäische Union die Zufuhr
155 fossiler
156 Energieträger diversifizieren, um die Versorgungssicherheit sicherzustellen. Wir
157 begrüßen
158 daher, dass Wirtschaftsminister Robert Habeck mit Hochdruck genau diese Idee der
159 Energiesouveränität u.a. durch einen massiv beschleunigten Ausbau der
160 Erneuerbaren Energien
161 und eine Photovoltaikpflicht vorantreibt und gleichzeitig die
162 Versorgungssicherheit durch
163 Diversifizierung, Steigerungen der Energieeffizienz und den Bau von Gasspeichern
im Blick
behält. In der aktuellen Notlage kann dies bedeuten, dass wir fossile Energien
auch aus
Ländern beziehen müssen, von denen wir lieber keine Energie beziehen würden, wie
z.B. Katar.
Es kann aber nur eine letztmögliche und kurzfristige Lösung sein, dass wir uns
von einem
autokratischen Regime ab- und einem anderen zuwenden.

164 Auch in Berlin stehen wir vor der Herausforderung, die Versorgungssicherheit zu
165 gewährleisten und zugleich die Energiewende beschleunigt voranzutreiben. Noch
166 können wir
167 nicht komplett auf Gas für die Wärmeversorgung verzichten. Wir werden aber alles
168 tun, um Gas
169 schnellstmöglich durch klimaneutrale Wärmequellen zu ersetzen und die
Gasinfrastruktur
umzubauen – für eine erneuerbare Wärmeversorgung in Berlin. Am Kohleausstieg
noch vor 2030

halten wir fest.

170 Unser 10-Punkte-Plan im Wärmebereich sieht dabei kurz-, mittel- und langfristige
171 Maßnahmen
172 vor, die wir nun gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern auf den Weg bringen
173 wollen. Dafür
174 wird es aber auch zusätzliche Mittel jenseits der aktuellen Haushaltsberatungen
175 brauchen.

Die rot-grün-rote Koalition hat sich darauf verständigt, dass Investitionen in die Energie- und Mobilitätswende einen Schwerpunkt dieser Legislatur bilden sollen. Der Krieg in der Ukraine zeigt uns drastisch, wie dringlich eine solche Schwerpunktsetzung ist.

176 1. Wir müssen mehr Erneuerbare Wärme in die Heizungskeller bringen. Dazu wollen
177 wir ein
178 Austauschprogramm von Gasheizungen hin zu Wärmepumpen auf den Weg bringen. Zudem
179 soll der
180 Austausch von Heizkörpern gefördert werden, um die Häuser und Wohnungen fit für
181 Wärmepumpen
zu machen. Wir prüfen einen Wärmepumpenbonus für Handwerker*innen und beenden die Landesförderung für Gasbrennwertthermen. Für den Neubau schöpfen wir unsere rechtlichen Möglichkeiten für einen Einbaustopp von Gasthermen aus.

182 2. Wir müssen bei der Dekarbonisierung der Wärmenetze schneller vorankommen.
183 Hierfür wollen
184 wir die Umstellung der Fernwärme auf Erneuerbare bzw. Abwärme beschleunigen und mit den Betreibern der bestehenden Erdgasverteilnetze verbindliche Ausstiegspläne vereinbaren.

185 3. Berlins erneuerbare Wärmepotentiale wollen wir mit einer Wärmeplanung noch
186 konsequenter
erschließen. Dazu wollen wir eine Landesförderung für regenerative Nahwärmenetze einführen.

187 4. Wir werden auch die Potentiale der Geothermie stärker nutzen. Dafür werden
188 wir in einem
189 ersten Schritt die Datenbasis für die Nutzung von Tiefengeothermie in Berlin
190 verbessern. Für
191 die kostspielige umfassende Erkundung suchen wir sowohl die Unterstützung des

192 Bundes als
193 auch mögliche Kooperationen mit der Wirtschaft. Wir nehmen einen neuen Anlauf,
194 um den
195 Zielkonflikt zwischen der Sicherung unseres Grundwassers und oberflächennaher
Geothermie zu
lösen. Auch die Potentiale grünen Wasserstoffs müssen wir nutzen – insbesondere
als
Speicher, für Industrie und Schwerlastverkehr. Dafür braucht es Unternehmen, die
sich
hierfür engagieren, und deutlich mehr grünen Strom. Eine echte Offensive
schaffen wir nur
gemeinsam mit Brandenburg.

196 5. Wir brauchen ein ambitioniertes und machbares Sanierungsprogramm für Berlins
197 Häuser. Dazu
198 müssen wir bewährte Förderprogramme stärken. Die Ankündigung der
199 Bundesregierung, einen
ordnungsrechtlichen Rahmen zu schaffen, begrüßen wir. Etwaige notwendige Lücken
schließen
wir im Rahmen eines Erneuerbare-Wärme-Gesetzes.

200 6. Eine der dringlichsten Maßnahmen ist eine Offensive für mehr Fachkräfte in
201 Klimaberufen.
202 Wir starten deshalb in Abstimmung mit dem Berliner Handwerk, den Kammern und
Innungen, eine
Aus- und Fortbildungsinitiative, um mehr Menschen für Klimaschutzberufe zu
begeistern.

203 7. Wir wollen Energiesparchecks für alle öffentlichen Gebäude verpflichtend
204 durchführen und
205 schnell und einfach umzusetzende Einsparmaßnahmen auf den Weg bringen.
206 Privathaushalte
207 wollen wir mit einer Energiesparkampagne und einer kostenlosen Erstberatung über
208 ihre
209 Einsparpotentiale informieren und die bereits vorhandenen Angebote stärker
210 bewerben. So ist
211 ein Großteil der Gasetagenheizungen in Berlins Mietshäusern überdimensioniert,
die Anlagen
verbrauchen mehr Gas als zum Heizen der Wohnungen nötig ist – zum Schaden der
Mieter*innen.
Wo die gestiegenen Energiekosten aufgrund der Einkommenssituation schwer zu
verkräften sind,
müssen neben finanziellen Entlastungen Angebote der Energieschuldenberatung und

Maßnahmen

zur Vermeidung von Strom- oder Gassperren greifen.

212 8. Wir prüfen, wie wir die Grundsteuer und Grunderwerbssteuer an der
213 Energieeffizienz des
214 Gebäudes orientieren können. Je besser saniert ein Gebäude ist, desto weniger
215 zahlt ein*e
Eigentümer*in, je schlechter der Sanierungszustand, desto mehr. So setzen wir
klare Anreize,
in Energieeffizienz zu investieren.

216 9. Die Wärmewende braucht mehr grünen Strom. Das bedeutet für Berlin vor allem,
217 Photovoltaikanlagen auf Berlins Dächern. Deshalb haben wir Grüne das Ziel von
218 25% Solarstrom
219 2035 im Koalitionsvertrag durgesetzt. Mit dem Solargesetz Berlin, der
220 Solarpflicht für
221 öffentliche Gebäude im EWG und dem Masterplan Solarcity haben wir bereits
wichtige Weichen
für die notwendige Beschleunigung des PV-Ausbaus gestellt. Diesen Weg muss das
Land Berlin
konsequent fortsetzen.

222 10. Wir wollen die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg und unseren dort an
223 der Regierung
224 beteiligten bündnisgrünen Parteifreund*innen intensivieren. Beide Bundesländer
225 können
226 gemeinsam die Wärmewende schaffen, wie eine Studie des Fraunhofer-Instituts im
Auftrag von
Bündnisses Kohleausstieg Berlin gezeigt hat. Dafür gründen wir eine gemeinsame
Task Force
Energiewende in der Metropolregion.

227 V Klimaschutz und Mobilitätswende

228 Die Klimakrise und die zunehmend steigenden Energiepreise aufgrund des Kriegs in
229 der Ukraine
230 zwingen uns überdies dazu, klimaschädliche Energieträger sparsamer und
231 effizienter
232 einzusetzen. Einsparpotential gibt es im Land Berlin insbesondere auch mit Blick
233 auf den
234 motorisierten Individualverkehr, da der Verkehrssektor nach wie vor der
235 zweitgrößte Emittent
236 von CO2 ist. Eines ist klar: Der Umstieg auf Elektromobilität macht den Verkehr

zwar weniger klimaschädlich, verbraucht dennoch Energie und kostbare Ressourcen. Die Mobilitätswende muss daher mehr sein als eine bloße Antriebswende. Unser Ziel, möglichst viele Menschen davon zu überzeugen vom Auto auf Bus, Bahn, Rad oder Fuß umzusteigen ist heute wichtiger und drängender denn je. Zentral wird dabei sein, dass wir den ÖPNV noch attraktiver gestalten.

237 Daher werden wir eine Attraktivitäts-Offensive starten. In der letzten Periode
238 haben wir
239 bereits die größte ÖPNV-Infrastruktur-Investitions-Phase gestartet, die es in
240 Berlin je gab.
241 Mit neuen Linien, einem besseren Takt und einem deutlich gesteigerten Angebot
242 wird dies
243 schon bald erste Erfolge zeigen. Nun gilt es diesen Weg zu verstärken. Wir
244 werden daher die
245 Bahnhöfe aufwerten, für mehr Sicherheit im ÖPNV sorgen und auch Abos attraktiver
246 machen. Um
247 diese Offensive zu finanzieren und insbesondere am Stadtrand mehr Angebote
248 schaffen zu
können, führen wir eine dritte Finanzierungssäule ein. In einem ersten Schritt
werden die
Gebühren fürs Anwohner- und fürs Kurzzeitparken erhöht. Dies allein wird jedoch
nicht
reichen. Wir werden darüber hinaus noch weitere Einnahmequellen benötigen, wie
beispielsweise eine Maut, die vor allem PKWs mit hohen CO2-Emissionen betrifft
und sozial
gestaffelt ist. Deren Einnahmen sollen für die Vergünstigung des Verkehrs und
den Ausbau des
ÖPNV, gerade in den Außenbezirken, verwendet werden.

249 Wir unterstützen die Pläne der SenUMVK, die Verfahren für Bus- und Radspuren
250 zusammen mit
251 den Bezirken zu beschleunigen. Diesen Weg wollen wir kontinuierlich ausbauen. Um
252 schnell
253 fossile Energien einsparen zu können, fordern wir zudem die Einführung von
254 mindestens einem
255 autofreien Sonntag pro Monat in Berlin. Wir werden überdies alle rechtlichen
256 Möglichkeiten
nutzen, um Tempo 30 für den motorisierten Individualverkehr in der Stadt
durchzusetzen. Wer
sein Auto stehen lässt oder gar keines besitzt, soll dennoch rasch und bequem

vorankommen.

Wir tun alles, damit das künftig auch für Pendler*innen und für Menschen gilt, die am Stadtrand wohnen.

257 VI Berlin als „sicherer Hafen“ für alle Geflüchteten

258 Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht aus der Ukraine. Dabei ist
259 Berlin als

260 „Sicherer Hafen“ für viele Menschen, nicht zuletzt aus der organisierten
261 ukrainischen

262 Zivilgesellschaft, ein Hauptziel. Wir stehen solidarisch an der Seite aller
263 Menschen in der

264 Ukraine und aller Geflüchteten aus der Ukraine. Diese Entwicklung und die
265 anhaltend hohe

266 Zahl an Schutzsuchen, auch aus anderen Konfliktgebieten, bedeuten einen
267 organisatorischen,

268 logistischen und humanitären Kraftakt für Senat, Bezirke und die gesamte
269 Stadtgesellschaft.

270 Wir senden dennoch das klare Signal: Wir lassen Euch nicht allein! Das schließt
271 explizit

272 auch alle Schwarzen Menschen, People of Color und Drittstaatler*innen und
273 Staatenlosen ein,

die sich derzeit auf der Flucht vor dem Krieg befinden

Bündnis 90/Die Grünen Berlin verurteilen scharf die Anwendung von „Racial Profiling“ an der

polnisch-deutschen Grenze durch die Bundespolizei sowie die schamlosen und rassistischen

Bemühungen, zwischen „guten“ und „schlechten“ Geflüchteten zu unterscheiden. Der Krieg in

der Ukraine trifft alle dort lebenden Menschen, und zwar unabhängig von ihrer Herkunft. Für

uns steht fest: Die Bundesregierung muss allen Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine

flüchten, den gleichen Schutz und die gleichen Aufenthaltsrechte bieten.

274 So etwa Angehörige der Minderheit der Roma, die bereits vor dem Krieg stark
275 diskriminiert

276 und sozial-benachteiligt waren. 40% der in der Ukraine lebenden Rom*nja sind
277 staatenlos. Wir

278 benötigen eine funktionierende Verteilung nach dem Königsteiner Schlüssel auf
279 die anderen

280 Bundesländer. Besonders vulnerable Geflüchtete wie LSBTIQ* und BIPOC sollen aber
281 nicht gegen
282 ihren Willen durch das EASY-System nach Königsteiner Schlüssel an Orte ohne
283 unterstützende
284 Strukturen verbracht werden, sondern dauerhaft in Berlin bleiben können. Bei
285 Menschen mit
286 Behinderung soll eine Verteilung außerhalb Berlins nur dann erfolgen, wenn vor
287 Ort gleiche
288 Möglichkeiten zur Teilhabe wie in Berlin bestehen. Für diejenigen, die in Berlin
289 bleiben,
290 gilt es nun schnell und unbürokratisch die Registrierung zu ermöglichen, die
291 Gesundheitsversorgung sicherzustellen und Zugang zu Ausbildung, Studium und
Arbeitsmarkt
tatsächlich zu ermöglichen. Wir werden uns auf Bundesebene und auch in Berlin
mit allen
Kräften dafür einsetzen, dass für Drittstaatsangehörige gleichberechtigte
Aufenthaltsperspektiven geschaffen werden. Dazu gehört es auch, die Menschen in
die Lage zu
versetzen, rechtliche Voraussetzungen erfüllen zu können. Es braucht zudem in
Absprache
zwischen Bund und Ländern einen klaren finanziellen Rahmen, der die besondere
Situation
Berlins anerkennt und dieser gerecht wird. Die Bundesregierung steht in der
Pflicht, dem
Land Berlin die notwendigen Finanzmittel und strukturellen und personellen
Unterstützungsangebote zügig bereit zu stellen.

292 Das Berliner Stadtgesellschaft hat in den vergangenen Wochen enormes geleistet.
293 Die gezeigte
294 Solidarität und das gelebte Engagement boten vielen Menschen in einer für sie
295 verzweifelten
296 Lage Hoffnung. Nicht nur zu Beginn der Krise waren der Berliner Senat und die
297 Verwaltung auf
298 die Unterstützung der Zivilgesellschaft angewiesen, bis heute ist die
299 ehrenamtliche
300 Helfer*innenstruktur unverzichtbar und garantiert, dass Berlin der Aufgabe
301 weiter gewachsen
302 bleibt. Es gilt nun diese Lage Schritt für Schritt in geordnete Bahnen zu lenken
303 und
304 dauerhaft funktionierende Strukturen für Ankunft, Unterbringung und soziale und
305 gesellschaftliche Teilhabe zu schaffen. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit
306 zwischen
307 professionellen und den bereits bestehenden ehrenamtlichen Strukturen von
308 besonderer

309 Bedeutung, um die Kontinuität von Projekten und Angeboten zu sichern und eine
310 stete
Verbesserung der Angebote zu erreichen. Dafür braucht es in einem ersten Schritt
eine
vereinfachte und direkte Gewährung von Personal- und Sachmitteln für die
zivilgesellschaftlichen Träger durch die Zuwendungsstellen zum Aufbau
professioneller
Hilfstrukturen neben dem ehrenamtlichen Engagement. In einem zweiten Schritt
wird
mittelfristig ein neuer „Masterplan“ benötigt, der die Teilhabe und Inklusion
aller
geflüchteter Menschen aus der Ukraine auf Landes- und Bezirksebene sowie in
allen
gesellschaftlichen Bereichen aktiv befördert. Dabei sollen u.a. geflüchtete
Kulturschaffende
und Kulturprojekte für Geflüchtete besondere Unterstützung erfahren sowie
Jugendbegegnungen
zur Kriegsaufklärung gefördert werden.

311 Der Berliner Senat hat in den letzten Wochen schnell und geschlossen agiert, um
312 die
313 Geflüchteten angemessen unterzubringen und zu versorgen. Aber wir müssen damit
314 rechnen, dass
315 in den nächsten Wochen die Zahl der Menschen, die zu uns flüchten, noch weiter
316 ansteigen
317 wird. Deshalb sind eine funktionierende Struktur und ausreichende Kapazitäten in
318 den
319 Ankunftscentren sicherzustellen. Vulnerablen Gruppen müssen überdies sichere
320 Unterkünfte
321 unterbreitet werden, die ihren Sicherheitsbedarfen Rechnung tragen. Wir fordern
322 daher den
323 Senat auf, die zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Einrichtung von
324 eigenen
Unterkünften für LSBTIQ*- und BIPOC-Geflüchtete als ‚Safer Spaces‘ zu
unterstützen. Zudem
müssen in allen Einrichtungen Betreiber*innenschutzkonzepte für vulnerable
Gruppen zur
Prävention und zum Schutz vor Sexismus, sexualisierter Gewalt, Rassismus oder
Queerfeindlichkeit implementiert werden. Den Senat fordern wir auf,
zivilgesellschaftliche
Plattformen, die die private Unterbringung Geflüchteter organisieren,
professionell zu
beraten. Dabei müssen sowohl die Sicherheit und der Schutz vulnerabler Gruppen
gewährleistet

als auch ehrenamtliches Engagement niedrigschwellig möglich sein.

325 Der 2018 beschlossene Bau von modularen Unterkünften für Geflüchtete muss zudem
326 zügig zum
327 Abschluss gebracht werden, damit pro Bezirk die vereinbarten 1.000 Plätze
328 errichtet werden.
329 Damit Geflüchtete zügig von Unterkünften in Wohnungen ziehen können,
330 insbesondere auch jene,
331 die bereits seit vielen Jahren in Unterkünften leben, braucht es weitere
332 Vereinbarungen über
333 Kontingente mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und mit privaten
334 Wohnungsunternehmen. Zudem muss der Zugang zum Wohnberechtigungsschein für
335 Geflüchtete
336 unabhängig von der Dauer des Aufenthaltsstatus endlich ermöglicht werden. Zudem
337 wollen wir
338 durch Programme wie „Wohnen für Hilfe“ oder durch die Kooperation mit Sozialen
Trägern
Alleinlebende in großen Wohnungen oder gar Häusern davon überzeugen, Menschen
aufzunehmen.
Zudem wird es umso dringender, dass neuer Wohnraum im bezahlbarem Segment
entsteht. Die
Schaffung ausreichender Unterbringungskapazitäten ist nur möglich, wenn alle
Beteiligten in
der Stadt ihren Beitrag leisten. Nicht nur die Landeseigenen Wohnungsunternehmen
sollten wie
bisher feste Vermietungsquoten für Geflüchtete erfüllen, auch die großen
privaten
Wohnungsunternehmen stehen in der Pflicht, einen deutlichen Beitrag zu leisten.

339 Überdies braucht es qualifizierte und passgenaue Angebote, die den verschiedenen
340 Bedarfen
341 der Geflüchteten gerecht werden. Etwa kostenlose Beratung zu Fragen des
342 Aufenthalts und
343 Asyls, des Studiums und der Erwerbstätigkeit sowie der sozialrechtlichen
344 Unterstützung für
345 Drittstaatler*innen. Ebenso muss das Land Berlin auf die besonderen
gesundheitlichen,
psychosozialen oder Inklusionsbedarfe von allen Menschen aus der Ukraine adäquat
reagieren –
insbesondere bei der Unterstützung von trans-Geflüchteten, sowie Geflüchteten
mit HIV oder
anderen Infektionserkrankungen und von Geflüchteten mit Behinderungen.

346 Besonders viele der Geflüchteten sind Frauen. Sie kommen allein, mit Kindern
347 oder mit
348 Großeltern. Sie bangen um ihre männlichen Verwandten und Freund*innen in der
349 Ukraine und
350 tragen zeitgleich Verantwortung für ihre Angehörigen, die sie mitbringen. Sie
351 gehören zu den
352 vulnerablen Gruppen. Schutz vor Gewalt und Ausbeutung gilt auch für sie. Bündnis
353 90/Die
354 Grünen Berlin unterstützt Aufklärungskampagnen zu Menschenhandel und
355 Informationen zu
356 Gewalt. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass der Kampf gegen Menschenhandel von
357 Seiten der
358 Bundes- und Landespolizei sowie des Senats noch mehr in den Fokus gerückt wird.
359 Letztgenannter soll gemeinsam mit dem vom Bundesfamilienministerium geförderten
360 Koordinierungskreis gegen Menschenhandel eine Struktur schaffen, die darauf
361 abzielt
362 Menschenhandel und Ausbeutung von Schutzsuchenden maximal zu verunmöglichen. Die
363 Teilnahme
an einem Integrationskurs, Qualifizierungsmaßnahmen oder Arbeitsmarktangeboten
soll allen
geflüchteten Menschen aus der Ukraine zügig ermöglicht werden. Mütter können
diese Angebote
nur nutzen, wenn sie eine Kinderbetreuung haben. Wir setzen uns deshalb für die
schnelle
Eingliederung der Kinder in Kindertageseinrichtungen und Schulen ein, nicht nur
in
Willkommensklassen, sondern auch direkt integriert in die Regelklassen verbunden
mit
hybriden Lernmodellen, temporären außerschulischen Lerngruppen und
frühkindlicher
Sprachförderung außerhalb der Kitas. An den Schulen ist eine ausreichende
personelle
Ausstattung der schulpsychologischen Beratung zu gewährleisten.

364 Die Bedürfnisse von besonders vulnerablen Gruppen, insbesondere unbegleiteten
365 minderjährigen
366 Geflüchteten, sind von Minute eins an zu berücksichtigen. Darüber hinaus
367 befürworten wir
368 vereinfachte Einstellungsverfahren für die ukrainischen Geflüchteten als
pädagogische
Fachkräfte für ihre berufliche Integration und gleichzeitig als
Brückenbauer*innen zwischen
den Kindern und Jugendlichen und den Bildungssystemen der Ukraine und
Deutschlands.

369 Eines ist klar: Die Aufnahme flüchtender Menschen aus der Ukraine darf nicht
370 zulasten
371 anderer geflüchteter Menschen gehen, die bereits länger bei uns leben. Wir
372 dürfen und werden
373 auch diejenigen Schutzsuchenden nicht vergessen, die noch immer an der polnisch-
374 belarussischen Grenze, in Afghanistan oder auf Lesbos ausharren müssen. Auch für
sie muss es
sichere & legale Fluchtwege und eine Chance auf Leben geben. Berlin als
„Sicherer Hafen“
heißt alle Schutzsuchenden willkommen.

D3

Dringlichkeitsantrag

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,
2. April 2022**

Initiator*innen: Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow)

Titel: **Inklusiver Umbau des Jahnsportparks und
Cantianstadions**

Antragstext

1 Der Landesverband Bündnis 90/ die Grünen Berlin befürwortet die Errichtung einer
2 inklusiven
3 Sportstätte am Standort Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark ausdrücklich. Die
4 Entstehung eines
5 solchen Leuchtturmprojektes soll schnellstmöglich vorangetrieben werden. Dabei
6 muss eine
Lösung gefunden werden, die breite Akzeptanz bei den überregionalen und den
lokalen
Sportvereinen findet, dem Schulsport neue Möglichkeiten bietet und die
Nutzungsmöglichkeiten
für Freizeitsportler*innen verbessert.

7 Das Projekt soll in dem bestehenden Sportpark realisiert werden. Hierbei ist
8 wichtig, dass
im Prozess des Realisierungswettbewerbes deutlich kommuniziert wird, dass der

9 Erhalt möglichst großer Teile des bestehenden großen Stadions prioritär
10 behandelt wird. Die
11 Architekt*innen sollen prüfen, wie viel Erhalt möglich und sinnvoll ist und ein
12 Konzept
13 vorlegen, welches sicherstellt, dass neben der denkmalgeschützten

14 Hinterlandmauer auch die
alten Flutlichtmasten, Wallanlagen und Elemente der Haupttribüne erhalten
bleiben. Die
vorhandenen Naturräume sind Teil des Sportparks und müssen in die neue
Konzeption eingebaut
werden. Die Versiegelung des Geländes muss geringer werden.

15 Wir fordern, dass die Ergebnisse des Werkstattverfahrens angemessene
16 Berücksichtigung
17 finden. In diesem wurden klima- und ressourcenschonende Varianten entwickelt,
18 die durch
Umbaumaßnahmen die sportfachlichen Bedarfe des Sports und der Inklusion erfüllt
werden
können.

19 Wir sind überzeugt, dass ein Umbau die bestmögliche Lösung bleibt, um das Ziel
20 eines
21 vollständig inklusiven Sportparks bei gleichzeitiger Beachtung von
Nachhaltigkeit und
Klimaschutz erfüllen zu können.

22 Dies dient auch dem zentralen Koalitionsziel klimagerechten Bauens, da durch
23 einen
kompletten Neubau großer Mengen an grauer Energie verschwendet würden.

24 Im Sportpark soll das sportliche Bedarfsprogramm, das von den Verbänden und der
25 Sportverwaltung ermittelt wurde, realisiert werden und ein beispielhaftes Modell
26 für
Inklusion im Sport entstehen.

27 Gleichzeitig muss der Sportpark seinen Schwerpunkt für niedrigschwellige
28 sportliche
29 Betätigung von kleinen Vereinen und vereinsungebundenen Sportler*innen,
30 Anwohnenden und
Schulen behalten und stärken. Deshalb soll der Umbau des Sportparks zügig
geplant und wenn
möglich zeitgleich mit dem Stadion neu hergerichtet werden.

Begründung der Dringlichkeit

Die Pressemitteilung, in der die Senatsverwaltungen für Sport und für Stadtentwicklung ihre Pläne zum

Umbau des Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks bekannt gegeben haben, wurde am 23.2.2022 unmittelbar vor Antragschluss veröffentlicht. Die Erarbeitung eines substanziellen Antrags innerhalb der Antragsfrist war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich. Gleichzeitig erfordern die geplante zeitnahe Ausschreibung des Realisierungswettbewerbs sowie die Bedeutung des Projekts für Bereiche wie Sport, Stadtentwicklung, Klimaschutz und Inklusion eine zeitnahe Positionierung des Landesverbands.

Begründung

Vor kurzem haben die beiden SPD-geführten Senatsverwaltungen für Sport und für Stadtentwicklung in einer Pressemitteilung bekannt gegeben, dass der für den Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark zu startende Architekturwettbewerb einen Abriss und Neubau des Großen Stadions zum Inhalt haben soll. Der für den Schulsport und die lokalen Vereine wichtige Teil des Parkes um das Große Stadion herum soll gar zurückgestellt werden, in die nächste Legislaturperiode.

Der Jahn-Sportpark befindet sich im Ortsteil Prenzlauer Berg und hat eine große Bedeutung als Sportstätte und als Park. Er besteht aus dem Großen Stadion (20.000 Plätze) und weiteren Sportanlagen, die von lokalen Vereinen und Freizeitsportlerinnen genutzt werden. Daneben ist die Anlage aber auch ein Park, der von Menschen aus den anliegenden Quartieren in Prenzlauer Berg, Mitte und Wedding genutzt wird.

Historisch bedeutsam ist die Lage an der Mauer zwischen Ost und West, die durch die denkmalgeschützte Hinterlandmauer spürbar ist. Daneben gibt es mit den Flutlichtmasten und der ehemaligen Haupttribüne weitere historische Zeugnisse, die bei einer Erneuerung erhalten werden sollten.

In den letzten zwei Jahren hat ein umfangreiches Werkstattverfahren stattgefunden, in dem mehrere Varianten untersucht wurden, unter anderem auch ein Entwurfsszenario mit Umbau und Erhalt möglichst großer Teile des Stadions.

Im Koalitionsvertrag haben wir verabredet:

„Wir wollen den Jahn-Sportpark, auf Grundlage der ermittelten sportfachlichen und inklusiven Bedarfe, zum Inklusionssportpark entwickeln. Ein Sportpark für Alle gewährleistet dabei die allgemeine, inklusive und integrative Nutzung. **Wir werden die Planungsprozesse unter breiter Beteiligung der heutigen und zukünftigen Nutzer*innen und der Anwohner*innen zu einem breit akzeptierten Ergebnis führen.** Der erneuerte Sportpark soll vorbildlich alle Anforderungen an eine inklusive, klimaneutrale und ökologisch nachhaltige Sportstätte erfüllen.“

Unterstützer*innen

Julia Schneider (KV Berlin-Pankow), Ruben Joachim (KV Berlin-Pankow), Jörg Barnstedt (KV Berlin-Pankow), Stefan Gelbhaar (KV Berlin-Pankow), Andreas Otto (KV Berlin-Pankow), Mathias Kraatz (KV Berlin-Pankow), Hans-Christian Höpcke (KV Berlin-

Pankow), Daniela Billig (KV Berlin-Pankow), Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei), Tonia Budelmann (KV Berlin-Pankow), Laura Benning (KV Berlin-Pankow), Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow)

Dringlichkeitsantrag

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,
2. April 2022**

Initiator*innen: Landesdelegiertenkonferenz (dort beschlossen am:
02.04.2022)

Titel: **Inklusiver Umbau des Jahnsportparks und
Cantianstadions**

Antragstext

1 Der Landesverband Bündnis 90/ die Grünen Berlin befürwortet die Errichtung einer
2 inklusiven
3 Sportstätte am Standort Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark ausdrücklich. Die
4 Entstehung eines
5 solchen Leuchtturmprojektes soll schnellstmöglich vorangetrieben werden. Dabei
6 muss eine
Lösung gefunden werden, die breite Akzeptanz bei den überregionalen und den
lokalen
Sportvereinen findet, dem Schulsport neue Möglichkeiten bietet und die
Nutzungsmöglichkeiten
für Freizeitsportler*innen verbessert.

7 Das Projekt soll in dem bestehenden Sportpark realisiert werden. Hierbei ist
8 wichtig, dass
im Prozess des Realisierungswettbewerbes deutlich kommuniziert wird, dass der

9 Erhalt möglichst großer Teile des bestehenden großen Stadions prioritär
10 behandelt wird. Die
11 Architekt*innen sollen prüfen, wie viel Erhalt möglich und sinnvoll ist und ein
12 Konzept

13 vorlegen, welches sicherstellt, dass neben der denkmalgeschützten
14 Hinterlandmauer auch die
alten Flutlichtmasten, Wallanlagen und Elemente der Haupttribüne erhalten
bleiben. Die
vorhandenen Naturräume sind Teil des Sportparks und müssen in die neue
Konzeption eingebaut
werden. Die Versiegelung des Geländes muss geringer werden.

15 Wir fordern, dass die Ergebnisse des Werkstattverfahrens angemessene
16 Berücksichtigung
17 finden. In diesem wurden klima- und ressourcenschonende Varianten entwickelt,
18 die durch
Umbaumaßnahmen die sportfachlichen Bedarfe des Sports und der Inklusion erfüllt
werden
können.

19 Wir sind überzeugt, dass ein Umbau die bestmögliche Lösung bleibt, um das Ziel
20 eines
21 vollständig inklusiven Sportparks bei gleichzeitiger Beachtung von
Nachhaltigkeit und
Klimaschutz erfüllen zu können.

22 Dies dient auch dem zentralen Koalitionsziel klimagerechten Bauens, da durch
23 einen
kompletten Neubau großer Mengen an grauer Energie verschwendet würden.

24 Im Sportpark soll das sportliche Bedarfsprogramm, das von den Verbänden und der
25 Sportverwaltung ermittelt wurde, realisiert werden und ein beispielhaftes Modell
26 für
Inklusion im Sport entstehen.

27 Gleichzeitig muss der Sportpark seinen Schwerpunkt für niedrighwellige
28 sportliche
29 Betätigung von kleinen Vereinen und vereinsungebundenen Sportler*innen,
30 Anwohnenden und
Schulen behalten und stärken. Deshalb soll der Umbau des Sportparks zügig
geplant und wenn
möglich zeitgleich mit dem Stadion neu hergerichtet werden.

Dringlichkeitsantrag

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,
2. April 2022**

Initiator*innen: Landesdelegiertenkonferenz (dort beschlossen am:
02.04.2022)

Titel: **Inklusiver Umbau des Jahnsportparks und
Cantianstadions**

Antragstext

1 Der Landesverband Bündnis 90/ die Grünen Berlin befürwortet die Errichtung einer
2 inklusiven
3 Sportstätte am Standort Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark ausdrücklich. Die
4 Entstehung eines
5 solchen Leuchtturmprojektes soll schnellstmöglich vorangetrieben werden. Dabei
6 muss eine
Lösung gefunden werden, die breite Akzeptanz bei den überregionalen und den
lokalen
Sportvereinen findet, dem Schulsport neue Möglichkeiten bietet und die
Nutzungsmöglichkeiten
für Freizeitsportler*innen verbessert.

7 Das Projekt soll in dem bestehenden Sportpark realisiert werden. Hierbei ist
8 wichtig, dass
im Prozess des Realisierungswettbewerbes deutlich kommuniziert wird, dass der

9 Erhalt möglichst großer Teile des bestehenden großen Stadions prioritär
10 behandelt wird. Die
11 Architekt*innen sollen prüfen, wie viel Erhalt möglich und sinnvoll ist und ein
12 Konzept

13 vorlegen, welches sicherstellt, dass neben der denkmalgeschützten
14 Hinterlandmauer auch die
alten Flutlichtmasten, Wallanlagen und Elemente der Haupttribüne erhalten
bleiben. Die
vorhandenen Naturräume sind Teil des Sportparks und müssen in die neue
Konzeption eingebaut
werden. Die Versiegelung des Geländes muss geringer werden.

15 Wir fordern, dass die Ergebnisse des Werkstattverfahrens angemessene
16 Berücksichtigung
17 finden. In diesem wurden klima- und ressourcenschonende Varianten entwickelt,
18 die durch
Umbaumaßnahmen die sportfachlichen Bedarfe des Sports und der Inklusion erfüllt
werden
können.

19 Wir sind überzeugt, dass ein Umbau die bestmögliche Lösung bleibt, um das Ziel
20 eines
21 vollständig inklusiven Sportparks bei gleichzeitiger Beachtung von
Nachhaltigkeit und
Klimaschutz erfüllen zu können.

22 Dies dient auch dem zentralen Koalitionsziel klimagerechten Bauens, da durch
23 einen
kompletten Neubau großer Mengen an grauer Energie verschwendet würden.

24 Im Sportpark soll das sportliche Bedarfsprogramm, das von den Verbänden und der
25 Sportverwaltung ermittelt wurde, realisiert werden und ein beispielhaftes Modell
26 für
Inklusion im Sport entstehen.

27 Gleichzeitig muss der Sportpark seinen Schwerpunkt für niedrighschwellige
28 sportliche
29 Betätigung von kleinen Vereinen und vereinsungebundenen Sportler*innen,
30 Anwohnenden und
Schulen behalten und stärken. Deshalb soll der Umbau des Sportparks zügig
geplant und wenn
möglich zeitgleich mit dem Stadion neu hergerichtet werden.

D4

Dringlichkeitsantrag

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,
2. April 2022**

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 31.03.2022)

Titel: Kein Weiterbau der A 100

Antragstext

1 Wir lehnen den Weiterbau der Autobahn A 100 ab. Das Projekt widerspricht den
2 Herausforderungen, der Klimakrise zu begegnen und den Verkehr auf
3 umweltfreundliche
4 Verkehrsmittel wie Fahrrad, Bahn und Bus zu verlagern. Mit geschätzten Baukosten
5 von mehr
6 als einer Milliarde Euro ist der 17. Bauabschnitt der A 100 eine der teuersten
7 Autobahnen
8 Europas – Geld, das dringend für die Verkehrswende benötigt wird. Berlin braucht
keine
Autobahn aus dem vorigen Jahrhundert, sondern Flächen für Mensch und Natur:
Stadtgrün,
Kultur, Soziales, Wohnungen und Gewerbe. Wir werden alle politischen Mittel
ergreifen, den
Weiterbau der A 100 zu stoppen.

Begründung der Dringlichkeit

Am 29.3.2022 verkündete Daniela Kluckert, die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV), den Start der Ausschreibungen für die Planungen des 17. Bauabschnitts der A 100 von der Autobahngesellschaft des Bundes. Bis 2025 soll die Linienführung der A100 geklärt sein. Die Ausschreibung wurde jedoch begonnen, bevor die laufende Bedarfsplanüberprüfung der Projekte des Bundesverkehrswegeplans - wie der Dialogprozess mit Verkehrs-, Umwelt-, Wirtschafts- und

Verbraucherschutzverbänden mit dem Ziel, sich über die Prioritäten bei der Umsetzung des geltenden Bundesverkehrswegeplans zu verständigen - abgeschlossen ist. Ein neuer Infrastrukturkonsens zu den Bundesverkehrswegen ist bisher nicht gefunden. Damit widerspricht das Handeln des FDP-geführte BMDV den Vereinbarungen des Koalitionsvertrag der Ampel. Umso mehr gilt es, sich den Planungen und Bau des 17. Bauabschnitts der A 100 entgegen zu stellen.

UNTERSTÜTZER*INNEN

- Alexander Kaas Elias (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)
- Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Berlin
- Silke Gebel (KV Mitte)
- Werner Graf (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
- Klara Schedlich (KV Reinickendorf)
- Harald Moritz (KV Treptow-Köpenick)
- Monika Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
- Vasili Franco (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
- Sarah Jermutus (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
- Pascal Striebel (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
- Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
- Canan Bayram (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
- Christoph Villinger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
- Silvia Rothmund (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
- Elina Schumacher (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
- Philip Hiersemenzel (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

- Alina Zimmermann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
- Laura Sophie Dornheim (KV Lichtenberg)
- Willi Junga (KV Treptow-Köpenick)
- Arne Ludorff (LAG Mobilität, Abteilung Ökologie)
- Annka Esser (KV Treptow-Köpenick)
- Alexander Kräß (KV Steglitz-Zehlendorf)
- Yannick Brugger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
- Levi Penell (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)
- Oda Hassepaß (KV Pankow)
- Oliver Jütting (KV Pankow)
- Hannah Wettig (KV Pankow)
- Katinka Wellnitz (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)
- Christoph Wapler (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)
- Marlene Jahn (KV Kreisfrei)
- Mariam Daher (KV-Mitte)
- Lisa Dieminger (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)
- Sebastian Weise (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)
- Nicolas Scharioth (KV Pankow)
- Ansgar Gusy (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

- Kasimir Cesare Saladin Heldmann (KV Pankow)
- Martina Schmiedhofer (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)
- Daniela Ehlers (KV Lichtenberg)
- Fato? Topaç (KV Lichtenberg)
- Andrea Nakoinz (KV Lichtenberg)
- Tjado Stemmermann (KV Neukölln)
- Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)
- Mandy Riemer (KV Lichtenberg)
- Monika Neitzert (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)
- Philipp Ahrens (KV Lichtenberg)
- Jannis Ernesti (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
- Jan Schmid (KV Lichtenberg)
- Karin Hausmann-Kasper (KV Lichtenberg)
- Valentin Burghard (KV Lichtenberg)
- Heiko Schaller (KV Lichtenberg)
- Stefan Taschner (KV Lichtenberg)
- Daniela Billig (KV Pankow)
- Benjamin Gögge-Feiersinger (KV Lichtenberg)
- Martin Weiland (KV Lichtenberg)

- Sebastian Kitzig (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
- Antje Kapek (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
- Stefan Gelbhaar (KV Pankow)
- Julius Oblong (KV Pankow)
- Thuy Chinh Duong (KV Mitte)
- Jan Möbius (KV Lichtenberg)
- Eva Molau (KV Lichtenberg)
- Isabelle Schellenberger (KV Mitte)
- Kurt Hildebrand (KV Mitte)
- Tobias Gafus (KV Mitte)
- Patric Rademacher (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)
- Tamina Hipp (KV Mitte)
- Dirk Hofreuter (KV Mitte)
- Florian Maaß (KV Mitte)
- Jakob Zimmer (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)
- Brigitte Kallmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
- Karsten Krieger (KV Lichtenberg)
- Almut Neumann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
- Birger Dölling (KV Mitte)

- Alexandra Heimerl (KV Lichtenberg)
- Judith Bonifer (KV Lichtenberg)

Dringlichkeitsantrag

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,
2. April 2022**

Initiator*innen:

Titel: Kein Weiterbau der A 100

Antragstext

1 Wir lehnen den Weiterbau der Autobahn A 100 ab. Das Projekt widerspricht den
2 Herausforderungen, der Klimakrise zu begegnen und den Verkehr auf
3 umweltfreundliche
4 Verkehrsmittel wie Fahrrad, Bahn und Bus zu verlagern. Mit geschätzten Baukosten
5 von mehr
6 als einer Milliarde Euro ist der 17. Bauabschnitt der A 100 eine der teuersten
7 Autobahnen
8 Europas – Geld, das dringend für die Verkehrswende benötigt wird. Berlin braucht
keine
Autobahn aus dem vorigen Jahrhundert, sondern Flächen für Mensch und Natur:
Stadtgrün,
Kultur, Soziales, Wohnungen und Gewerbe. Wir werden alle politischen Mittel
ergreifen, den
Weiterbau der A 100 zu stoppen.

Dringlichkeitsantrag

**Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag,
2. April 2022**

Initiator*innen: Landesdelegiertenkonferenz (dort beschlossen am:
02.04.2022)

Titel: Kein Weiterbau der A 100

Antragstext

1 Wir lehnen den Weiterbau der Autobahn A 100 ab. Das Projekt widerspricht den
2 Herausforderungen, der Klimakrise zu begegnen und den Verkehr auf
3 umweltfreundliche
4 Verkehrsmittel wie Fahrrad, Bahn und Bus zu verlagern. Mit geschätzten Baukosten
5 von mehr
6 als einer Milliarde Euro ist der 17. Bauabschnitt der A 100 eine der teuersten
7 Autobahnen
8 Europas – Geld, das dringend für die Verkehrswende benötigt wird. Berlin braucht
keine
Autobahn aus dem vorigen Jahrhundert, sondern Flächen für Mensch und Natur:
Stadtgrün,
Kultur, Soziales, Wohnungen und Gewerbe. Wir werden alle politischen Mittel
ergreifen, den
Weiterbau der A 100 zu stoppen.